Zeitschrift der Initiative Minderheiten

80 Herbst 2011



Nichts über uns - ohne uns! Selbstbestimmt Leben mit Behinderung STIMMLAGE

MINDERHEITEN IN DER GEGENWART

Ist "Minderheit" heute eine politisch haltbare Kategorie? In diesem runden Jahr scheint mir eine solche Frage nicht nur zeitgemäß, sondern auch sinnvoll zu sein. Als die *Initiative Minderheiten* und ihre mediale Plattform STIMME vor 20 Jahren gegründet wurden, dominierte in Österreich (sowie allgemein in Europa) eine etwas andere sozial-politisch-rechtliche Konstellation

Die Alpenrepublik war damals kein EU-Mitglied (es gab ja auch vor dem Vertrag von Maastricht im Jahre 1992 noch gar keine EU, sondern die Europäische Gemeinschaft). "Nationalstaat" war ein Kompositum, das stärker als heute auf dem ersten Wort betont wurde; folglich galt die Gleichung: Minderheit ist Ethnie ist Volksgruppe. Die relativ schwache Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen hierzulande spielte zudem eine Rolle dabei, dass der Terminus "Minderheit" einen bisweilen subversiven Klang besaß. Es gab strikte Gesetze gegen Homosexualität, welche aus heutiger Sicht schier unglaublich anmuten. Behinderte wurden Invalide genannt, und Belästigung am Arbeitsplatz war Kavaliersdelikt. Am Anfang der 1990er Jahre war Diskriminierung ein Wort, das die ÖsterreicherInnen zumeist fehlerhaft aussprachen.

Wichtiger: Das Gerede über kulturelle Differenzen und Islam steckte in diesem gesamteuropäischen Prä-9/11-Paradies in den Kinderschuhen. MigrantInnen hießen Gastarbeiter und noch nicht MuslimInnen. Integration galt als fortschrittliches Konzept gegen Assimilation, und jener exmarxistische Sektionsleiter, der einige Jahre später die wohl europaweit restriktivsten Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetze härter als im Text vorgeschrieben umsetzen

würde, wütete noch in einem anderen Amt.

Unter diesen Vorzeichen trat das Initiative Minderheiteniahr an, für ein besonderes Jahr zu plädieren, in dem Minderheiten die Öffentlichkeit auf ihre Anliegen aufmerksam machen sollten. Wiewohl dies, retrospektiv betrachtet, etwas naiv klingt, barg das Unternehmen eine politisch durchaus brisante Perspektive in sich. Denn einerseits wurden ausgeblendete gesellschaftliche Gruppen sichtbar gemacht, andererseits wurde eine strukturelle Verbindung zwischen ihnen hergestellt. Volksgruppen waren in dieser Perspektive keine zufälligen Produkte der "zweiten Welle" von Nationsgründungen in der Zwischenkriegszeit, somit auch keine weitere Eigenart der "mir san mir"-Nation. Jene Mechanismen, die an Entstehung und Benachteiligung der ethnischen Gruppen am Werk waren, wurden auch an der sozialen Lage von Behinderten oder von Lesben und Schwulen wieder erkannt. Zudem attestierte dieses Minderheiten-Konzept - das galt damals als Skandalon - den MigrantInnen einen minoritären Status (Stichwort "neue Minderheiten"), der sich von jenem der Volksgruppen zwar historisch, nicht aber systemisch unterschied. Das alles kulminierte in der Verknüpfung der Definition von "Minderheit" mit der Erfahrung der Diskriminierung. Minoritäre Allianz war folgerichtig die politische Strategie, welche die *Initiative* Minderheiten vorschlug.

Heute, nach 20 Jahren, sieht die politische Landschaft in Österreich (wie auch in Europa) etwas anders aus. Die Erfahrungen der neuen sozialen Bewegungen mit der "Identitätspolitik" zogen spätestens im letzten Jahrzehnt eine Reihe von selbstkritischen Einsichten nach sich, die in politiktheoretischen Debatten ihren Ausdruck gefunden hat. Die neue Generation von Minderheitenangehörigen nahm inzwischen eine Mischung aus postkolonialer und dekonstruktivistischqueerer Terminologie an, gemäß jener der Terminus "Minderheit" nach Klage, Opfer und Repräsentation klingt. Self-Empowerment, Dekonstruktion und Performance ließen Konzepte wie Minderheitenschutz, Anerkennung und Spracherhalt etwas alt aussehen.

Hinzu kam das Gespenst "Islam-Debatte". das in Politik, Medien und Sozialwissenschaften gleichermaßen spukte und heute ungebrochen sein Unwesen treibt, wenn Minderheiten ihre Rechte einklagen wollen. Integration und Sicherheit dominieren in diesem Klima die öffentliche Rede und lassen eine breite Debatte über Minderheitenrechte gar nicht erst aufkommen. Die leidlichen Scharmützel rund um die Kärntner Ortstafeln im letzten Jahrzehnt, die bei breiter Öffentlichkeit auf Unverständnis und Kopfschütteln stießen, bezeugen das. Dass der Klassenkampf mit Hilfe rezenter Krisenstimmung wieder in den Horizont der sozialen Bewegungen Eingang findet, macht es auch nicht gerade leicht, heute von Minderheiten zu sprechen und damit wie vor 20 Jahren - eine neue politische Perspektive anzupeilen.

Ich bin trotz all dieser naheliegenden Aspekte nicht der Meinung, dass das Konzept "Minderheit" und die Strategie "minoritäre Allianz" ausgedient haben. In der nächsten Ausgabe will ich versuchen, diese Ansicht zu begründen.

Hakan Gürses

IMPRESSUM

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostergasse 6, A-6020 Innsbruck Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/966 90 on, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Klostergasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783 Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/966 90 o3, Fax: 586 82 17, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at Chefredakteurin: Gamze Ongan Redaktionelle Mitarbeit: Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, Ursula Hemetek, Cornelia Kogoj, Anita Konrad, Helga Pankratz, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig Ständige AutorInnen: Vlatka Frketić, Hakan Gürses, Kahlauer, Erwin Riess Zeichnungen: Petja Dimitrova, Hakan Gürses Grafische Gestaltung: schultz+schultz-Mediengestaltung, Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Birgit Kogoj (Redaktionsadresse) E-mail: abo@initiative.minderheiten.at; Jahresabo (4 Hefte): € 20, - (Ausland: € 30, -) /für Vereinsmitglieder kostenlos.

IMPRESSUM

EINE REAKTION AUF DAS SPARPAKET. DIE GRUPPE "BEHINDERTE MENSCHEN IN NOT" STELLT SICH VOR Erwin Riess UNBEQUEM SICHTBAR MACHEN. MAHNWACHE "ÖSTERREICH BEHINDERT MENSCHEN" Sebastian Ruppe NORMEN UND BARRIEREN. ZUR RECHTLICHEN GLEICHSTELLUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN Monika Mayrhofer BEHINDERT – SEXUELL – SELBSTBESTIMMT. WIE DAS UNMÖGLICHE LANGSAM SOGAR BEI UNS MÖGLICH WIRD Dieter Schmutzer SCHNUPFEN IST NICHT DAS MASS ALLER DINGE AN LEID Gespräch mit Heike Raab von Eva Egermann GROLL: MURNOCKERL UND SPARPAKETE Frwin Riess

JE SCHWERER DIE BEHINDERUNG, UMSO HÖHER DER SELBSTBEHALT Gespräch mit Sieglinde Schauer-Glatz von Lisa Gensluckner
NACHLESE: LINKE ANTWORTEN AUF DIE NORWEGEN-ATTENTATE Alexander Pollak

KULTUREN & KÜNSTE 24

10

18

21

TIPPS 26
KAHLAUERS TAGEBUCH 30

NICHTS ÜBER UNS – OHNE UNS! SELBSTBESTIMMT LEBEN MIT BEHINDERUNG



Bilddesion Themenstrecke © Fatih Avdoğdu

Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Behinderung ist kein individuelles "Problem", sondern das Produkt gesellschaftlicher Bedingungen und Verhältnisse, die Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen bei der Teilhabe an allen gesellschaftlichen Lebensbereichen behindern. Konnte sich Österreich bis zum Jahr 2010 mit einer im internationalen Vergleich fortschrittlichen Gesetzgebung bei der schulischen Integration und Pflegesicherung rühmen, werden seither die Errungenschaften der autonomen Behindertenbewegung sukzessive rückgängig gemacht. Die zahlreichen Reaktionen darauf sowie das Motto der Selbstbestimmt Leben-Bewegung "Nichts über uns - ohne uns!" ziehen durch die Themenbeiträge der STIMME hindurch.

Einleitend stellt Erwin Riess das im August 2011 als Reaktion gegen die Einsparungen im Behindertenbereich entstandene "Wiener Manifest" der österreichweit vernetzten Gruppe "Behinderte Menschen in Not" vor. "Österreich behindert Menschen" haben AktivistInnen um Sebastian Ruppe die siebentägige Mahnwache im Juli 2011 in der Grazer Innenstadt genannt. Ruppe erklärt die Motive für diesen Protest und liefert

eine Analyse der Situation für behinderte Menschen in Österreich. Monika Mavrhofer setzt sich mir dem Zugang zum Recht von behinderten Menschen auseinander und zeigt die Stärken sowie die Probleme auf. Der Sexualberater und -pädagoge Dieter Schmutzer macht sich Gedanken über das Tabuthema Sexualität und Behinderung. Mit Betonung auf Sex als Recht, das iede und ieder für sich in Anspruch nehmen kann, aber nicht muss, stimmen ihn die Entwicklungen der vergangenen 15 Jahre zuversichtlich. Eva Egermann sprach mit Heike Raab, Expertin für Disability Studies, über die Repräsentation von Behinderung in wissenschaftlichen Diskursen, über die Paralympics sowie über die Verbindungslinien von Queer und Disability. Seit 30 Jahren pflegt Sieglinde Schauer-Glatz ihren schwer behinderten Sohn, den Künstler Martin Schauer zu Hause. Lisa Gensluckner sprach mit ihr über ihren politischen Kampf für die Integration von Menschen mit Behinderung und die Barrieren für eine Eigenbetreuung.

Schüler und Schülerinnen des Bundesoberstufenrealgymnasiums in 1030 Wien (BORG3), bekannt durch ihr Engagement für das Bleiberecht einer Mitschülerin im Oktober 2010, haben in Zusammenarbeit mit Jo Schmeiser und Simone Bader (Klub Zwei) eine Postkartenserie gegen Abschiebung, Ausgrenzung und Rassismus gestaltet. Wir freuen uns die Ergebnisse dieser Kooperation als Mittelposter zu präsentieren.

In eigener Sache

Nach 20 Jahre STIMME feiern wir nun auch 20 Jahre *Initiative Minderheiten*: mit einem Symposium zu Mehrsprachigkeit und mit Konzerten am 10. und 11. November in Wien. Mehr zum Programm finden Sie auf Seite 23 sowie auf unserer Website.

Gerald Kurdoğlu Nitsche, Stimme-Autor und Gestalter der ersten Stunde, seit 1993 mit der Kolumne "Brief aus Istanbul", die – je nach der Änderung des Lebensmittelpunkts des Vielreisenden – immer wieder auch "Brief nach Istanbul" getitelt wurde, nimmt Abschied von uns. An dieser Stelle bedanken wir uns bei Kurdoğlu Nitsche herzlich für die Begleitung der STIMME über 20 Jahre.

Unsere tiefe Trauer gilt unserem Freund und Kollegen Franz Ellinger, der am 1. Juli 2011 plötzlich von uns gegangen ist.

Gamze Ongan Chefredakteurin

EINE REAKTION AUF DAS SPARPAKET

Die Gruppe "Behinderte Menschen in Not" stellt sich vor Erwin Riess

Die Behindertenbewegung hat im vergangenen Jahr eine scharfe politische Wende erlebt. Viele Jahre ging es um den Ausbau von Integration und Inklusion, um erhöhte Selbstständigkeit am Arbeitsplatz und im Alltag, die Finanzierung von Assistenz, Fortschritte bei der Barrierefreiheit sowie um verbesserte politische Artikulationsmöglichkeiten durch selbst betroffene Mandatare und Mandatarinnen in Bundes- und Landesparlamenten und anderen Institutionen. Seit 2010 sind diese mühsam erkämpften Erfolge rückgängig gemacht worden. Da die offiziellen Behindertenverbände vom Sozialministerium finanziert werden, kann von ihnen nur wenig Widerstand erwartet werden. Dies auch deshalb, weil erstmals in der Zweiten Republik ein ausgewiesener Feind der Behindertenbewegung als Sozialminister alle Machtmittel in der Hand hält. Unter dem sozialdemokratischen Gewerkschafter Rudolf Hundstorfer besteht Behindertenpolitik darin, Unterstützungen zu streichen und zu kürzen sowie behinderte Menschen politisch zu entmündigen sowie als bloße Objekte der Sozialpolitik in Heime und/ oder bittere Armut zu stoßen.

Behinderte Menschen aus allen Teilen Österreichs haben sich nun zusammengefunden, um gegen diese Entwicklung zu kämpfen. Die Gruppe nennt sich "Behinderte Menschen in Not". Das Anliegen der Gruppe unterstützen bekannte Aktivistinnen und Aktivisten der autonomen Behindertenbewegung wie Gunther Trübswasser, Wolfgang Glaser, Manfred Srb, Annemarie Srb, Theresia Haidlmayr, Bernadette Feuerstein, Claudia Karoliny, Sebastian Ruppe, Pepo Mayer, Andrea Mielke, aber auch Künstler wie Sigi Maron und Otto Lechner. Sie stützt sich auf ein "Wiener Manifest" genanntes Papier.

Das "Wiener Manifest" der Gruppe "Behinderte Menschen in Not"

Präambel

Behinderte Menschen sehen sich dem schwersten Angriff auf die von ihnen in den letzten Jahrzehnten erkämpften Rechte ausgesetzt. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und auf allen politischen Ebenen werden die Lebensperspektiven behinderter Menschen eingeschränkt, Hilfen gestrichen, Unterstützungsleistungen gekürzt, Hilfsmittel verweigert. Gegen diesen eugenischen Generalangriff wehren wir uns mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Wir, das sind behinderte Frauen und Männer, die sich den Ideen des internationalen Independent Living Movement (Selbstbestimmt Leben Bewegung behinderter Menschen) verpflichtet fühlen.

- 1. Was die Behindertenpolitik Österreichs anlangt, haben wir keine Illusionen.
- 2. Politik ist für uns mit existentiellen Fragen untrennbar verknüpft. Mehr denn je gilt der Satz: Nothing about us – without us!
- 3. Österreich unterzeichnet internationale Verpflichtungen für Antidiskriminierung, hält diese aber im nationalen Recht und im Gesetzesvollzug nicht ein. Sanktionslose Gesetze sind schlimmer als gar keine Gesetze. Wir fordern klare und transparente Gesetze, deren Nichteinhaltung strenge Sanktionen nach sich ziehen.
- 4. Sozialpolitiker haben keine Ahnung von unserem Leben, maßen sich aber an, für uns zu sprechen. Dies gilt besonders für die Sozialpartner, die in allen Fragen unsere Feinde sind. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Für die Damen und Herren Sozialpolitiker gilt: Wer über uns redet, hätte besser geschwiegen.
- 5. Weil man uns nichts oder nur Querulantentum zutraut, sind wir gezwungen, zu überraschen. Auch uns selber.

- 6. Wir leben in einer Gesellschaft, deren Strukturen uns ausschließen. Diese Strukturen müssen wir aufbrechen. Jammern, klagen und auf andere vertrauen hilft nichts.
- Wer unser Leben teilt, wird ebenfalls behindert und diskriminiert. Daher sind diese Menschen Teil unserer Community. Wer mit uns kämpft, gehört zu uns.
- 8. Jahrelang hatten wir mit den Grünen eine Partei, die unsere Anliegen auch durch selbst betroffene Mandatare vorantrieb und unterstützte. Diese Zeiten sind vorbei. Die derzeitige Behindertensprecherin übte sich beim Sparpaket in nobler Inaktivität. Der ÖVP-Behindertensprecher fällt den behinderten Menschen in den Rücken (Abschaffung des Kündigungsschutzes, Unterstützung des Sparpakets), die Behindertensprecher von FPÖ und BZÖ kommen als Ansprechpartner nicht in Frage und die SPÖ hat nach wie vor keine selbst betroffenen Behindertensprecher. Die derzeitige Sprecherin findet das Sparpaket auf dem Rücken der behinderten Menschen toll. Fazit: Im Parlament werden unsere Interessen von niemandem vertreten.
- 9. Aus der Kenntnis der Geschichte wissen wir, was unsere Gegner mit uns vorhaben – von der politischen Entmündigung, der gesellschaftlichen Exklusion über die Wiedereinführung des Regresses für Angehörige führt der Weg bis zur sozialen und medizinischen Euthanasie. Im Kampf gegen diese Gefahren entwickelt sich unsere Politik.
- 10. Haben Gewerkschaft, Arbeiterkammer und die Frauenministerin schon bemerkt, dass es behinderte Arbeitnehmerinnen gibt? Die Kürzungen beim Pflegegeld treffen zu neunzig Prozent alte und arme Frauen. Wir wissen: Behinderte Frauen haben es doppelt schwer. Eine fortschrittliche Behindertenpolitik muss zuerst behinderten Frauen helfen.

- 11. Wir sind Teil einer allgemeinen Emanzipationsbewegung. Fortschrittliche Behindertenpolitik ist nur glaubhaft, wenn sie in allen anderen gesellschaftlichen Fragen fortschrittliche Positionen einhält.
- 12. Wir sind nur so gut, so gut wir sind. Was wir nicht tun, tut niemand anders für uns.
- 13. Wer mit dem Rücken zur Wand steht, hat nur eine Stoßrichtung zur Verfügung. In dieser Reduktion der Mittel liegt unsere Chance, sie wird zu einer Stärke, wenn wir sie entschlossen nutzen.
- 14. Wer uns ständig Lebenskosten vorrechnet, hat nicht mit uns gerechnet.
- 15. Man soll einen Gedanken nicht deshalb gering schätzen, weil man selber ihn hat. Wir haben diesen zentralen Gedanken. Er lautet: Selbstbestimmt leben, solidarisch kämpfen.

August 2011

Text: Erwin Riess, Proponent der Gruppe



Ziel unserer Behindertenpolitik muss sein, dem Einzelnen mehr persönliche Macht und uns als Gruppe mehr politische Macht zu verschaffen. Triebfeder und Richtschnur in dieser Arbeit ist unser Selbstrespekt. Unsere Umwelt bombardiert uns ständig mit Hinweisen, dass unser Leben bemitleidenswert, lebensunwert und unerwünscht ist, dass wir Bürger zweiter Klasse sind. Viele von uns sind mit dieser Haltung aufgewachsen und glauben selbst daran. Wir müssen uns gegen diese Gehirnwäsche impfen, denn wenn wir nicht selbst davon überzeugt sind, dass unser Leben genauso viel wert ist wie das anderer Menschen, fordern wir auch nicht die gleichen Wahlmöglichkeiten, die unsere nichtbehinderten Angehörigen, Freunde und Bekannten in allen Bereichen des Lebens haben.

Erst wenn wir davon überzeugt sind, dass wir die gleiche Lebensqualität verdienen, die andere für selbstverständlich hinnehmen, werden wir uns nicht mehr in Anstalten und Heime abschieben lassen, sondern fordern, überall wohnen zu können. Dann werden wir uns nicht länger vom Sonderfahrdienst der Wohlfahrt verfrachten lassen, sondern behindertengerechte Anpassung aller öffentlichen Verkehrsmittel und Taxis fordern. Dann werden wir uns nicht in krankhafte Abhängigkeit von unseren Angehörigen zwingen lassen, sondern persönliche Assistenzdienste fordern, die uns freimachen. Dann werden wir nicht mehr dankbar über integrierte Teestuben und Freizeiten Freudentränen vergießen, sondern gleiche Bürgerrechte fordern. Dann werden wir uns nicht mehr unserer Behinderung schämen, uns verstecken und ein Zuschauerdasein fristen, sondern am Leben als freie und stolze Menschen teilnehmen.

Aus: Adolf Ratzka (1988), Aufstand der Betreuten – Manifest des internationalen Independent Living Movement www.independentliving.org/docs4/ratzka88a.html (Zugriff am 10.09.2011)

UNBEQUEM SICHTBAR MACHEN

Mahnwache "Österreich behindert Menschen" Sebastian Ruppe

Im Juni 2011 standen vier bis zehn behinderte Menschen an sieben Tagen in der Grazer Innenstadt und machten öffentlich auf die mit jedem Sparpaket prekärer werdenden Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung in Österreich aufmerksam. Dass behinderte Menschen selbst für ihre Rechte auf die Straße gehen, hat in der Steiermark für Aufsehen gesorgt. Die STIMME hat den Initiator der Mahnwache Sebastian Ruppe gebeten, die Motive für den gemeinsamen Protest zu erklären.

Wutgefühl

Die Mahnwache ist aus einem "Wutgefühl" heraus entstanden: Die Bundesregierung hat Anfang 2011 die öffentliche Barrierefreiheit um vier Jahre auf 2020 verschoben, es wurden Förderungen beim Autokauf zurückgenommen, der Zugang zum Pflegegeld, das seit seiner Einführung wegen fehlender Inflationsanpassung 20 Prozent an Wert verloren hat, wurde weiter erschwert und in der Steiermark wurde im Frühjahr 2011 plötzlich ein Minus 25 Prozent-Sparpaket verkündet, das angeblich unausweichlich ist. Meine eigene Assistenz wurde sogar um 50 Prozent gekürzt. Das heißt, auf jeder Ebene wurde behinderten Menschen plötzlich signalisiert, wir können uns euch nicht mehr leisten.

Das ist im achtreichsten Land der Welt unglaubwürdig. Der Verdacht liegt also nahe, dass sich die Politik für die Versäumnisse ihrer Finanz- und Budgetpolitik wieder mal an den sozial Schwächsten schadlos halten will. Ich vermute, auch aus dem Kalkül, dass behinderte Menschen sich ohnehin nie wehren würden. Das wollte ich ändern.

Es war dann in der Tat schwierig, Menschen, die unter vier Augen meine Kritik am System teilen, zu bewegen, dazu auch öffentlich zu stehen. Ich habe zuerst über E-Mail GesinnungsgenossInnen gesucht, dann auch noch über eine Facebook-Gruppe, mit dem Ziel, dass wir möglichst viele werden, um eventuell den Protest gleich an mehreren Stellen in Österreich sichtbar zu machen. Dazu ist es dann nicht gekommen. Ich war froh, dass ich zumindest in Graz ein kleines Grüppchen Widerspenstige motivieren konnte, öffentlich auf die Missstände aufmerksam zu machen.

Die Erfahrung nach sieben Tagen Mahnwache ist positiv: Unsere Initiative wurde vom Landeshauptmann zu einem Gespräch geladen, das Vorhaben wurde gefasst, eine steirische Selbstbestimmt-Leben-Gruppierung zu gründen, es erfolgten Einladungen seitens der Grazer Linien Sensibilisierungs-Schulungen für das Fahrpersonal zu machen und die Sozialabteilung des Landes sucht den Kontakt mit uns für ein Projekt zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Steiermark.

Von der Passivität zur Aktion

Meine persönliche Schlussfolgerung aus der Mahnwache ist, dass, wenn behinderte Menschen mehr Rechte in diesem Land erreichen wollen, es notwendig ist, sich zu Formen des gemeinsamen, friedlichen, öffentlichen Protestes zusammenzufinden. Denn man muss illusionslos sein: Behinderung ist kein beliebtes Thema, es weckt Assoziationen zu Krankheit und Tod und wird von nicht behinderten Menschen verdrängt. Wenn das Thema nicht unbequem sichtbar wird, besteht für PolitikerInnen kein Anlass zum Handeln und wir werden weiter mit Sonntagsreden und viel heißer Luft abgespeist. Im Kampf um Gleichberechtigung stehen behinderte Menschen in Österreich derzeit da, wo die amerikanische Behindertenrechtsbewegung vor vierzig Jahren stand, und wo die Frauen etwa um 1900 vor der Erkämpfung ihres Wahlrechtes standen. Hier muss jede behinderte Person für sich entscheiden: Wurschtle ich mich weiter anstrengend alleine durch in einer Gesellschaft voller Diskriminierungen, oder setze ich Energien ein, um Verbesserungen gemeinsam schneller zu erreichen? Das sind die Punkte, die mich im Moment sehr beschäftigen: Wie können behinderte Menschen miteinander solidarisch werden – da gibt es nämlich genauso Berührungsängste –, und wie kommen wir von der Passivität zur Aktion?

Behinderte Menschen in Österreich¹

Von vielen unbemerkt, führen 800.000 behinderte Menschen in Österreich (10 Prozent der Bevölkerung) ein Leben voller Schwierigkeiten am Rande der Gesellschaft. Was für nicht-behinderte Menschen selbstverständlich ist, muss von uns tagtäglich ermüdend erkämpft werden: ein Lokal besuchen, mit einem Verkehrsmittel fahren, in einer eigenen Wohnung leben... Es gibt zu wenig Barrierefreiheit, es gibt zu wenig Persönliche Assistenz, es gibt zu wenig finanzielle Unterstützung, um leben zu können wie andere auch. Blinde Menschen haben zu wenig Zugang zu Informationen, gehörlose Menschen bekommen zu wenig Gebärdensprachdolmetscherinnen bezahlt. Hilfsmittel oder Therapien in Österreich genehmigt zu bekommen, gleicht oft einem bürokratischen Hürdenlauf. Menschen mit Lernschwierigkeiten leben ausgegrenzt in Großeinrichtungen statt mit entsprechender Unterstützung mitten unter uns. Angehörige, die schwer behinderte Menschen zu Hause pflegen, haben zu wenig Hilfsangebote und sind reihenweise dem Burn-out nahe.

Dies alles, obwohl sich Österreich in seiner Verfassung seit 1997 zur Gleichbehandlung behinderter und nicht behinderter Menschen bekennt und 2008 die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet hat.

Aber im Bereich der nationalen Gesetzgebung gibt es kaum Verbesserungen. Im Gegenteil: In der Steiermark kam es in den letzten Jahren durch Rechtsansprüche auf mobile Dienstleistungen zwar zu Verbesserungen, nun werden diese aber wieder – noch lange bevor alle Anspruchsberechtigten überhaupt davon profitieren konnten – durch Stundenbegrenzungen und Budgetkürzungen zunichte gemacht. Alles aus angeblich "unausweichlichen Sparzwängen".

Dabei ist Österreich eines der reichsten Länder der Erde, auch im Bereich Dollarmillionäre sind wir Weltspitze, aber behinderte Menschen müssen zittern, wer ihnen im nächsten Monat beim Duschen hilft, oder ob sie in ein Heim müssen.

Das ist nicht nur unfair und ungerecht, das ist Unrecht, gegen das wir unsere Stimme erheben. Auch, weil es nicht nur die Steiermark betrifft:

Die Bundesregierung hat zu Beginn des Jahres die öffentliche Barrierefreiheit bei Bauten, im öffentlichen Verkehr, im Internet auf 2020 verschoben und die Luxussteuer (NOVA) auf Kraftfahrzeuge von behinderten Menschen wieder eingeführt, die für uns aber nicht Luxus sondern Notwendigkeit sind.

Einsparungen trotz Reichtum

Das Pflegegeld hat seit der Einführung 1993 20 Prozent an Wert verloren und wird nicht jährlich valorisiert. Die Länder und Gemeinden sowie private Betriebe erfüllen ihre Einstellungspflichten nicht (pro 25 MitarbeiterInnen eine/r mit Behinderung!) und können sich durch lächerliche Summen von behinderten MitarbeiterInnen "freikaufen". Österreich leistet sich neun Landesbaugesetze und neun Behindertengesetze. Neben den absurden Verwaltungskosten bedeutet das für behinderte Menschen, dass es von ihrem Wohnort abhängt, ob sie Persönliche Assistenz bekommen oder ein Gebäude berollen können.

Es gibt "Licht ins Dunkel" – eine "Mitleids-Show" – aber keine behinderten Menschen in Entscheidungspositionen beim ORF oder in der Politik. Es sind immer andere, die über unsere Leben entscheiden, obwohl sie davon keine Ahnung haben.

Wir fordern daher eine moderne Politik für behinderte Menschen nach den Vorgaben der UN-Konvention, in die behinderte Menschen aktiv einbezogen werden. "Nothing about us – without us!" – Nichts über uns – ohne uns!

Forderungen behinderter Menschen

- Österreichweit einheitlicher Rechtsanspruch auf einkommensunabhängige, bedarfsgerechte Persönliche Assistenz für alle behinderten Menschen für alle Lebensbereiche ohne Selbstbehalte sofort! Nicht erst mit dem Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern 2015!
- 2. Gemeindenahe, personenbezogene Hilfsangebote ohne Alterslimit!
- 3. Umsetzung der Barrierefreiheit bei öffentlichen Bauten und im öffentlichen

Verkehr bis 2016, wie ursprünglich im Bundesbehindertengleichstellungsgesetz vorgesehen.

- 4. Forcierung der Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft durch Änderung der Österreichischen Gewerbeordnung. Im Gewerbegenehmigungsverfahren ist die Barrierefreiheit nach Ö-Norm vorzuschreiben.
- 5. Fördertöpfe für Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft. Einrichtung von Beratungsstellen für barrierefreies Bauen in allen Landeshauptstädten, für alle Bundesländer und in den Baubezirksleitungen.
- Jährliche Pflegegeldvalorisierung im Gesetz vorschreiben und Ausgleich des Wertverlusts seit Einführung (mehr als 20 Prozent) ab sofort!
- Wiedereinführung der mit 1.1.2011 abgeschafften NOVA-Befreiung für behinderte Menschen. Mobilitätszuschuss für alle!
- 8. Erfüllung der Einstellungspflicht im öffentlichen Sektor ab sofort!
- Anhebung der Ausgleichstaxe auf mindestens 1000.-€/Monat, wenn Firmen die Einstellungspflicht nicht erfüllen!
- 10. Gleichbehandlung von Arbeits- und Freizeitverunfallten!

- 11. Entkoppelung aller Leistungen aufgrund von Behinderung vom Einkommen! Konsequenz: Grundeinkommen für behinderte Menschen!
- 12. Inklusion aller behinderten Menschen in den gesamten Bildungssektor ab dem Kindergarten und entsprechende Unterstützungen!
- 13. Reform und Umbenennung von "Licht ins Dunkel" unter Mitarbeit von VertreterInnen der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung!
- 14. Behindertenpolitik als Mainstreaming, z.B. Einrichtung eines Staatssekretariats für die Inklusion behinderter Menschen!
- 15. Nationaler Aktions- und Zeitplan zur Umsetzung aller Vorgaben der UN-Konvention bis Ende 2012. Umsetzung der Rechte bis Ende 2016!

Fußnote

¹ Analyse aus dem Mahnwache-Flugblatt

Facebook-Gruppe: Österreich behindert Menschen

Sebastian Ruppe,

geb. 1967, seit einem Badeunfall 1991 querschnittgelähmt, Rollstuhlfahrer, Germanistik- und Spanischstudium, Lebens- und Sozialberater, Mitarbeiter am Zentrum für Soziale Kompetenz der Universität Graz. sebastian.ruppe@uni-graz.at

THEMA

NORMEN UND BARRIEREN

Zur rechtlichen Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen Monika Mayrhofer

Eine Rollstuhlfahrerin stellt fest. dass nach dem Umbau eines Cafés der barrierefreie Eingang entfernt wurde und es daher für sie nicht mehr möglich ist, das Lokal zu besuchen. Sie erkundigt sich beim Personal, ob eine Rampe zur Überbrückung der neu errichteten Stufe eingebaut werden könne. Daraufhin wird ihr versprochen, dass sich die Geschäftsleiterin bei ihr mit einem Lösungsvorschlag melden werde. Da dies aber nicht passiert, ruft die Kundin selbst bei ihr an und teilt ihr mit, dass sie ein Schlichtungsverfahren einleiten werde. Die Geschäftsleiterin erwidert daraufhin, dass sie sich davor nicht fürchte, denn sie sehe die neu geschaffene Stufe nicht als Diskriminierung.

Dieser Bericht ist einer von vielen auf der Website des Vereins BIZEPS dokumentierten Fälle. BIZEPS ist eine Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige. In diesem Fallbeispiel geht es vordergründig um Probleme, die architektonische und bauliche Fragen berühren: Wie muss ein Eingang zu einem öffentlichen Gebäude gestaltet sein oder welche baulichen Maßnahmen sollen bei einem Umbau berücksichtigt werden? Diesen Fragen zugrunde liegt aber eine viel tiefere Dimension, nämlich dass architektonische und bauliche Anordnungen keine gesellschaftlich neutralen Bereiche sind, sondern dass darin soziale und gesellschaftliche Normen sichtbar werden. In Architektur verdichten sich gesellschaftliche Ordnungen und Werte und letztlich auch die Vorstellung von einem "normalen" Körper, dem der Zutritt und die Benutzung von Gebäuden möglich ist. Menschen, die von dieser Körpernorm abweichen, ist der Zutritt nicht gestattet. Diese Normen und die damit verbundenen Barrieren manifestieren sich aber nicht nur in Gebäuden, sie werden auch in vielen anderen Lebensbereichen sichtbar. BIZEPS

dokumentiert viele solcher Fälle: So wird beispielsweise ein behindertes Kind daran gehindert, an einer regulären Kindergartengruppe teilzunehmen, oder ein blinder Student kann bei den ÖH-Wahlen seine Stimme nicht abgeben, weil das E-Voting-Programm nicht barrierefrei programmiert ist. Oder einem gehörlosen Bürger werden Informationen auf einer Website des Bundesministeriums für Finanzen vorenthalten, weil den darauf präsentierten Videos die Untertitelung fehlt.

Solche Barrieren sind überall und sie sind für Menschen ohne Behinderung unsichtbar. Sie verweisen Betroffene in separate und abgesonderte Räume und enthalten ihnen den Zugang zu wesentlichen Orten der Gesellschaft vor. Die Gesellschaft verlangt von Menschen mit Behinderungen die zusätzliche Leistung ab, auf die Beseitigung dieser Barrieren bestehen und über die diskriminierende Wirkung dieser impliziten Normen verhandeln zu müssen.

Diese Art von Hindernissen weist auf Formen struktureller oder mittelbarer Diskriminierung hin, also "wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sowie Merkmale gestalteter Lebensbereiche Menschen mit Behinderungen gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können" (§ 5 (2) BGStG). Solche Formen der Diskriminierung werden im österreichischen Rechtssystem erst seit der Verabschiedung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGStG) im Jahr 2005 berücksichtigt.

Grundsätzlich ist zu bemerken, dass das Recht selbst konstruktiven Charakter hat. Es konstruiert soziale Realität, indem es beispielsweise festlegt, was als Behinderung verstanden wird1 und wer dadurch Zugang zu bestimmten Sozialleistungen oder Anspruch auf rechtliche Verfahren bekommt. In rechtlichen Normen sind Vorstellungen von Behinderung enthalten, die Realitäten und damit gesellschaftliche, politische und soziale Ein- und Ausschlüsse erzeugen. Das österreichische Behindertenrecht wurde, ähnlich wie das deutsche Recht, lange Zeit ausschließlich "als Rehabilitations- und Wohlfahrtsrecht verstanden und damit in das Sachgebiet des Sozialrechts einsortiert." (Degener 2003: 453ff.) Die Einordnung in

diesen Rechtsbereich bedeutet aber, dass Menschen mit Behinderungen als defizitär und hilfsbedürftig konstruiert werden. Sie werden als jene definiert, die aufgrund körperlicher und intellektueller "Defizite" auf Rehabilitationsmaßnahmen und sozialstaatliche Leistungen angewiesen sind.

Der britische Soziologe Mike Oliver hat darauf hingewiesen, dass die Sprache der Wohlfahrtspolitik Menschen mit Behinderungen das Recht abspricht, als vollwertige, kompetente und autonome Individuen und als aktive BürgerInnen behandelt zu werden. Begriffe wie Fürsorge, Pflege, Betreuung oder Sozialhilfe strukturieren den Wohlfahrtsdiskurs in einer spezifischen Art und Weise und implizieren einen bestimmten Blick auf Menschen mit Behinderungen (vgl. Oliver 1994). Behinderung wird als individuelles "Problem" begriffen, dem medizinische und wohlfahrtstaatliche Maßnahmen entgegen gesetzt werden sollen. Diesem Ansatz liegt die Annahme zugrunde, dass "es der behinderte Mensch ist, den es zu verändern gilt." (Degener

Kein individuelles "Problem"

In den letzten Jahrzehnten hat, nicht zuletzt aufgrund der Erfolge der Behindertenrechtsbewegung, ein grundsätzlicher Paradigmenwandel stattgefunden, der sich auch in der Rechtsordnung widerspiegelt. Betroffene haben eine andere Einstellung auf das Thema Behinderung eingefordert und die diskriminierenden Dimensionen einer ausschließlich dem Rehabilitationsund Wohlfahrtsrecht zugeordneten Debatte aufgezeigt.

Diese Forderungen basieren auf der Prämisse, dass Behinderung kein individuelles "Problem" sei, sondern dass gesellschaftliche Normierungen Behinderungen zu einem Problem machen. Der Fokus richtet sich daher auf die Umgestaltung von gesellschaftlichen Prozessen und Normen, um Diskriminierungen zu unterbinden und Gleichstellung und Chancengleichheit zu ermöglichen. Solche gleichstellungsorientierten Prinzipien haben mittlerweile auch Eingang in die österreichische Gesetzgebung gefunden. Vor allem das BGStG stellt



in dieser Hinsicht einen entscheidenden Fortschritt dar. Das Gesetz hat zum Ziel "die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen oder zu verhindern und damit die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen" (§1 BGStG). Es verbietet sowohl unmittelbare und mittelbare Diskriminierungen aufgrund von Behinderung als auch Belästigungen, welche die Würde der betroffenen Person verletzen.

Weg zur Gleichstellung barrierereich

Geltendmachen können Betroffene ihren Rechtsanspruch bei den ordentlichen Gerichten. Eine Klage vor Gericht ist aber nur dann zulässig, wenn vorher ein Schlichtungsverfahren bei der jeweiligen Landesstelle des Bundessozialamts durchgeführt wurde. Die Schlichtungen werden in den Landesstellen von eigens dafür geschulten SchlichtungsreferentInnen durchgeführt. Die Kosten für die Schlichtungen werden vom Bundessozialamt übernommen. Das BGStG legt außerdem fest, dass aus einer Diskriminierung aufgrund von Behinderung ein Schadenersatzanspruch entsteht, der mittels einer Schadenersatzklage beim Zivilgericht geltend gemacht werden kann.

Nun sind diese Veränderungen der Rechtsordnung zweifelsfrei wichtige Schritte auf dem Weg zu einer anderen gesellschaftlichen Wahrnehmung und Anerkennung von Menschen mit Behinderungen. So sind beispielsweise in der Bauordnung mittlerweile Normen verankert, die barrierefreies Bauen vor allem in öffentlichen Bauwerken zwingend vorschreiben (vgl. §§ 115 und 111 der Wiener Bauordnung). Auch der kostenlose Zugang zu Beratung und Schlichtungsverfahren an den Landesstellen des Bundessozialamtes ist in diesem Sinne zu interpretieren. Ein Blick auf die Anzahl der durchgeführten Schlichtungen macht aber auch die noch immer vorhandenen

Im Jahr 2006 fanden 130 Schlichtungen statt, 2008 stieg die Zahl auf 183 Fälle und im Jahre 2010 waren es 197 Schlichtungsverfahren. Von diesen 197 Verfahren wurden 173 auch abgeschlossen, wobei es bei 89 Fällen zu einer Einigung kam, bei 62 Verfahren gab es keine Einigung und bei 22 Fällen wurde der Antrag zurückgezogen. Wird berücksichtigt, dass in Österreich im Jahr 2010 laut Bundessozialamt 282.242 Menschen einen Behindertenpass besaßen, ist die äußerst geringe Anzahl der Schlichtungsverfahren sehr auffällig. Bedeutet das, dass alle Barrieren für Menschen mit Behinderungen beseitigt wurden? Dass dieser Schluss wenig plausibel ist, zeigt ein Blick

in die Datenbank von BIZEPS, die deutlich macht, dass Barrieren allgegenwärtig sind. Es kann vielmehr vermutet werden, dass Diskriminierungen aufgrund von Behinderung, wie das eingangs dargestellte Beispiel deutlich macht, nicht als solche erkannt und wahrgenommen werden (sowohl von der Gesellschaft als auch von den Betroffenen). Hier wirkt wohl noch stark der wohlfahrtstaatliche und medizinische Diskurs nach, der Behinderung als "individuelles Defizit" definiert und Menschen mit Behinderungen abspricht, gleiche Rechte zu haben. In diesem Sinne wird Barrierefreiheit und Nicht-Diskriminierung nicht als Recht wahrgenommen, auf das Menschen mit Behinderungen einen Anspruch haben, sondern als Entgegenkommen und Zugeständnis der Gesellschaft.

Dieser diskursive Rahmen ist auch im BGStG selbst erkennbar, das Schlichtungsverfahren und Beratung im Bundessozialamt lokalisiert und erst dann den Zugang zu einem Gerichtsverfahren erlaubt, wenn dieses rechtlich nicht verbindliche Instrument ausgeschöpft ist. Des Weiteren verlangt das Geltendmachen von Ansprüchen beträchtliches Wissen und zeitliche Ressourcen und ist mit persönlichen und emotionalen Anstrengungen verbunden. Bei einem Gerichtsverfahren können außerdem noch erhebliche Kosten für Rechtsberatung und -vertretung anfallen. Der Weg zur De-Facto-Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wird daher vermutlich auch in näherer Zukunft ein sehr barrierereicher bleiben.

Fußnote:

¹ Das österreichische Behindertengleichstellungsgesetz legt in § 3 folgende Definition fest: "Behinderung im Sinne dieses Bundesgesetzes ist die Auswirkung einer nicht nur vorübergehenden körperlichen, geistigen oder psychischen Funktionsbeeinträchtigung oder Beeinträchtigung der Sinnesfunktionen, die geeignet ist, die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu erschweren. Als nicht nur vorübergehend gilt ein Zeitraum von mehr als voraussichtlich sechs Monaten."

Literatu

Degener, Theresia (2003): Behinderung als rechtliche Konstruktion. In: Lutz, Petra, et. al. (Hg.): Der (im-)perfekte Mensch. Böhlau: Köln: 448 – 467.

Oliver, Mike (1994): Politics and Language: Understanding the Disability Discourse. In: http://www.leeds.ac.uk/disability-studies/ archiveuk/Oliver/pol%20and%20lang%2094. pdf (Zugriff am 27. 08. 2011)

Monika Mayrhofer

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien.

BEHINDERT - SEXUELL - SELBSTBESTIMMT

Wie das Unmögliche langsam sogar bei uns möglich wird Dieter Schmutzer

Ich erinnere mich nur zu gut. Schon vor gut zwanzig und mehr Jahren wurde ich immer wieder mit der Thematik Behinderung und Sexualität konfrontiert. Ich war damals ehrenamtlich in Projekten von, für und mit behinderte/n Menschen engagiert. Das Thema kam vor allem von Angehörigen: heimlich, im Vertrauen, hinter vorgehaltener Hand, und zumeist im Zusammenhang mit der Überlegung betreffend die Sterilisation des "Kindes" – das durchaus auch sehr erwachsen sein konnte.

Etwas später dann, in der Zeit meiner Ausbildung zum Sexualberater, traf ich künftige Kolleginnen, die ebenfalls Interesse am Thema hatten. Eine Arbeitsgruppe (was sonst) wurde gegründet - die aber nicht von allzu langem Bestand war. Sie zerbrach an ein paar ganz grundsätzlichen Fragen. Zum Beispiel, ob Sex, nämlich einfach Sex, für Menschen mit Behinderungen zumutbar sei (ohne philosophischen Hintergrund und ohne langsames Herantasten an sinnliche Wahrnehmungen ganz allgemein); oder ob das Modell der niederländischen "Sex Helper" (sexuelle Dienstleistungen für behinderte Männer und Frauen gegen Entgelt) auch bei uns vorstellbar sei. Vorweg: Ich war und bin der Meinung, es ist vorstell- und zumutbar. Ganz pragmatisch und fernab von moralischen Diskussionen. die man durchaus auch führen kann und soll.

Die große öffentliche Aktion dieser Arbeitsgruppe war eine Pressekonferenz in Wien. Presse war also geladen und VertreterInnen unterschiedlicher Organisationen im Bereich der Behindertenbetreuung und -arbeit. Wir stellten uns vor. unsere Ideen. die Notwendigkeit, das Thema öffentlich zu machen, Überlegungen zur Sexualassistenz (die damals noch lang nicht so hieß). Viele Leute da, einige Zeitungsberichte gab es am nächsten Tag und sonst - Schweigen. Na ja, nicht ganz, ich bekam tatsächlich

etliche Anrufe von Männern (ausschließlich Männern), die in der Zeitung davon gelesen hatten und die beteuerten, durchaus bereit zu sein, ihre sexuellen Erfahrungen Frauen - und auch behinderten - gerne zukommen zu lassen: Tabus kennen sie nicht und Vorurteile selbstverständlich auch nicht. Altruismus pur also! Ich habe damals all diese Angebote dankend abgelehnt.

Am Ende meiner Ausbildungszeit erstellte ich gemeinsam mit meiner Kollegin Ulrike Hifinger eine Angebotsbroschüre. Aufklärung, Workshops, Seminare. Für "Betroffene", Betreuungs- und Begleitpersonen, Angehörige. Zwei Jahre lang passierte gar nichts. Aber dann (die Broschüre lag wohl als gut behüteter Schatz in etlichen Schreibtisch-Schubladen), kamen sie, die Anfragen. Ob wir einmal zu einer Supervision ins Team XY kommen könnten, da sei nämlich etwas vorgefallen. Oder einen Abend für die BewohnerInnen der Jugend-WG gestalten könnten, weil da nämlich der Verdacht besteht, es könnte ... Und auch Elternvereine traten an uns heran: Bestimmendes Thema war so gut wie immer Verhütung und Sterilisation der Tochter. Allenfalls: Können wir bzw. wie können wir verhindern, dass unsere Kinder den Sex für sich entdecken. Das heißt: Verhütung oder sexuelle Übergriffe bestimmten die Auseinandersetzung.

Weder Tabu noch Muss

Ich erinnere mich nur allzu gut an hitzige Diskussionen mit aufgebrachten Eltern, die glaubten, sich verteidigen (bzw. mich angreifen - Angriff ist ja angeblich die beste Verteidigung) zu müssen, weil ich dafür eintrat, sich Alternativen zur (Zwangs) Sterilisation zu überlegen. Oder auch damals gar nichts davon hielt, sexuelle Gefühle und Lust durch eine erhöhte Dosis von Psychopharmaka einzudämmen.

Um nicht missverstanden zu werden: Es war großartig, dass überhaupt das Thema langsam präsent wurde. Nach so langer Zeit des Schweigens, Versteckens, Ignorierens. Und Ängste bzw. Unsicherheiten von Eltern oder BetreuerInnen waren und sind mir

allemal verständlich und nachvollziehbar. Aber ... das alles ist gut 15 Jahre her.

Seither hat sich etwas verändert. Und verändert sich weiter. Zunehmend kamen Einrichtungen auf uns zu (im Bereich der Beratung oder Therapie, aber auch der Pädagogik, sind die KollegInnen, die sich mit Sexualität und Behinderung befassen, eine winzige Minderheit). Fortbildung für MitarbeiterInnen. Workshops für behinderte Menschen. Beratung von Eltern und Angehörige, die ihre Töchter und Söhne dabei unterstützen wollen. Sexualität leben zu können, die selbst damit umgehen lernen wollen

Und immer mehr wird dabei nicht über die behinderten Menschen und ihre Sexualität gesprochen, sondern mit ihnen über ihre Sexualität. Manche von ihnen zeigen sich auch, treten öffentlich auf - das erfordert immer noch viel Mut!

Nach langen Jahren des Unterdrückens und Verleugnens kam - so iedenfalls stellte sich das mir im beruflichen Kontext dar eine Episode, in der wohlmeinende und hoch motivierte Eltern und BetreuerInnen ihre behinderten Angehörigen bzw. KlientInnen fast zwanghaft beglückten: Die müssen Sex haben, so wie wir alle, ganz normal (was mich ieweils zu der Frage veranlasste, wie denn der normale Sex ausschaut, den wir alle haben). Heute scheint mir, als setzte sich langsam die Erkenntnis durch: Sex ist kein No-Go. Aber auch kein Muss, keine Verpflichtung. Sondern ein Recht, das jede/r für sich in Anspruch nehmen kann; nach seiner/ihrer Fasson: wann und wenn er/sie will - einverständlich und freiwillig von allen Beteiligten natürlich.

Sexualität wird auch heute noch als Thema präsent, wenn "etwas vorgefallen" ist - das sind dann oft die Situationen, in denen behinderte Menschen zu mir in die Praxis in die Beratung bzw. sexualpädagogische Begleitung kommen. Häufig aber ist Sexualität einfach Thema, weil es eben Thema ist. Weil - und ich überblicke vor allem den Bereich, in dem Menschen in Organisationen bzw. Institutionen leben und arbeiten, also "betreut" werden - in diesen professionellen Einrichtungen

auch gesehen und respektiert wird, wie sinnvoll es ist, Angebote und Möglichkeiten zum Aus- bzw. Er-Leben von Sexualität zu haben.

Reriihrend erlehe ich solche Geschichten: Ein Mann ruft mich an; sein Sohn ist Spastiker, lebt im Rollstuhl und wünscht sich nichts sehnlicher als einmal mit einer Frau zu schlafen. Der Vater, hoch betagt und streng katholisch, macht sich auf die Suche, durchkämmt alle einschlägigen Etablissements in Praternähe - und findet keine Dame, die ins Haus kommen will. Da springt einer über alle seine Schatten und bleibt erfolglos. Es ist ja auch gut, wenn die Frauen im Gewerbe nicht gezwungen werden und sich entscheiden können.

Oder: Die Eltern sorgen sich. Der Sohn liegt nach einem schweren Unfall seit längerem im Wachkoma. Wie kommt er zu seiner Sexualität? Ich weiß es nicht. Wobei wohl zunächst die Frage geklärt werden müsste, was ist der Wunsch der Eltern und was der des Sohnes. Dennoch ...

Freiwillig und selbstbestimmt

Von selbstbestimmt kann in den meisten Fällen noch lange nicht die Rede sein. Dazu gehörte zum Beispiel auch, dass behinderte Menschen - etwa wenn sie in Einrichtungen leben - auch selbst über ihr Geld bestimmen können. Realiter ist es aber doch so, dass SachwalterInnen oft noch darüber befinden, wofür das verwaltete Geld ausgegeben werden darf. (Ja dürfen s' denn das?, könnte man fragen - aber wer wollte diese Frage beantworten!)

Wiewohl: Auch hier erlebe ich Veränderung in meiner Praxis. Männliche Klienten äußern z. B. den Wunsch, in die Peepshow zu gehen - und sie gehen immer öfter, weil BetreuerInnen oder Eltern es unterstützen, das Geld selbstverständlich zur Verfügung steht. Die Bewohnerin einer Wohngemeinschaft würde gern einmal in einen Sexshop gehen, ein bissl was einkaufen, einen erotischen Film wenigstens. Und weil sie in ihrer Mobilität eingeschränkt ist, geht eine Betreuerin mit ihr hin (zumindest in Wien gibt es nicht nur schmierige und billige Sexschuppen).

Ja, und seit wenigen Jahren ist auch bei uns Sexualbegleitung bzw. Sexualassistenz Wirklichkeit geworden. Es gibt sie, die geschulten Frauen (einige) und Männer (vereinzelte), die ihre Dienste offiziell anbieten. Natürlich nur solche, womit man nicht mit dem Gesetz in Konflikt kommt, was hierzulande halt möglich ist. Aber es gibt was. Und es wird in Anspruch

ethische, politische. Behinderung ist zudem nicht nur / nicht vor allem ein individuelles "Problem". Aber falls wir uns einfach darauf einigen können, dass behinderte Menschen nicht auf Grund ihrer Behinderung von bestimmten Dingen ausgeschlossen bleiben dürfen, müssen wir zur Kenntnis nehmen: Man muss sich Sexualität - in welcher Form auch immer - kaufen dürfen. Es sollte vielleicht nicht die einzige Möglichkeit sein, aber doch wenigstens eine.

Es bleibt schwer genug, zu den Formen von Sexualität (von Erotik, von Beziehung, von PartnerInnenschaft ...) zu kommen, die man sich wünscht; und auch dann, wann man sich's wünscht; freiwillig und selbstbestimmt. Und: für Männer und für Frauen gleich.

Auch für nicht behinderte Menschen ist es natürlich nicht immer möglich. Aber öfter. Dass es für Menschen mit Behinderungen aber immer öfter möglich wird, stimmt (mich) zuversichtlich.



Schmutzer, Dieter (2009): Selbst bestimmt Sex kaufen? Überlegungen zum Erwerb sexueller Dienstleistungen im Rahmen des persönlichen Budgets, In: Kaiser, Herbert/Kocnik, Ernst/ Sigot, Marion (Hg): Selbst in der Hand! Persönliches Budget und selbstbestimmtes Leben. Verlag Hermagoras/Mohorjeva: Klagenfurt/ Celovec - Ljubljana/Laibach - Wien/Dunaj: 121 - 122

Sandfort, Lothar (2003): Hautnah. Neue Wege der Sexualität behinderter Menschen, AG Spak-Bücher: Neu-Ulm.

Walter, Joachim (Hg.) (2004): Sexualbegleitung und Sexualassistenz bei Menschen mit Behinderungen. Edition S, Winter Verlag: Heidelberg.

Dieter Schmutzer

ist Lebens- und Sozialberater, Sexualberater und -pädagoge, Kommunikationstrainer; Institut für Lebensgestaltung, Wien www.dieter-schmutzer.at

SCHNUPFEN IST NICHT DAS MASS ALLER DINGE AN LEID

Ein Gespräch mit Heike Raab über die Repräsentation von "Behinderung" in wissenschaftlichen, medialen, subkulturellen, linken und queeren Kontexten, geführt von Eva Egermann

> Eva Egermann: Innerhalb der Disability Studies wird "Behinderung" als Produkt sozialer Organisation und als "kulturell/ historisch konstruiert" betrachtet. Diese soziale Organisation meint auch alle diskriminierenden, stigmatisierenden oder Differenzen reproduzierenden hierarchischen Verhältnisse in der Gesellschaft. Manche Autorinnen plädieren heute für ein Denken zwischen den Räumen dieser binären Kategorien. Mit anderen Begriffen - wie beispielsweise jene der "verletzlichen Körper" (Tervooren 2000) oder der "Dismoderne" (Davis 2002) zielen sie darauf ab, "Behinderung" aus dem Bereich des A-Normalen zu holen.

> Darüber hinaus schlägt Lennard J. Davis eine Sichtweise vor, wonach gerade Unterschiedlichkeiten und Behinderung dasjenige seien, was uns verbindet: "Es wäre einfach, zu sagen: "Wir sind alle behindert". Aber es ist möglich, zu sagen, wir würden alle durch verschiedene Arten von Ungerechtigkeit und Unterdrückung behindert. Was im Leben universell ist, falls es überhaupt etwas Universelles gibt, ist die Erfahrung, dass der Körper Einschränkungen unterliegt." (Davis 2002: 366). Beeinträchtigung ist die Regel, Normalität die Fantasie. Was sind für dich die Problematiken dieser

Heike Raab: Ich glaube, da würde ich Judith Butler fragen wollen, die auch von einem strategischen Essentialismus gesprochen hat. Wir sind bzw. wir werden alle behindert? Auf einer gewissen Ebene stimmt es, aber es muss über diese Feststellung hinaus auch immer Macht- und Herrschaftskritik geben. Klar kann ich sagen: Wir sind alle behindert. Wenn wir

achtzig Jahre alt werden, haben wir spätestens dann auch eine Behinderung. Und das ist so sicher wie das Amen in der Kirche! Es ist ganz wichtig, das so zu formulieren, weil viele sich überhaupt nicht vorstellen können, mal irgendein Gebrechen zu haben. Für manche ist ja schon Schnupfen das Maß aller Dinge an Leid!

Mir liegt aber natürlich auch daran, dass Macht- und Herrschaftsverhältnisse eben nicht entnannt werden. Barrierefreiheit ist da natürlich ein großes Thema, weil diese in großen Maßen bislang nicht umgesetzt wird, oder aber - soweit ich das von englischsprachigen Ländern kenne es für viele Menschen mit Behinderung kaum soziale Partizipationsmöglichkeiten an dieser Barrierefreiheit gibt, weil sie beispielsweise keine oder eine schlechte Krankenversicherung haben. Also da muss man auch sagen, was nützt das alles, wenn ich am Ende nicht mal den Rollstuhl von der Krankenkasse bekomme, um überhaupt in den Bus zu kommen! Auch wenn alle Busse einer Stadt barrierefrei sind.

In diesem Sinne, finde ich, muss man einfach mit diesem paradoxen Spagat umgehen. In bestimmten Situationen ist es sicher sinnvoll, diese Binaritäten in Frage zu stellen, aber manchmal ist es vielleicht auch strategisch notwendig, sie zu bedienen! Es gibt aber auch Räume, die ienseits dieser Binaritäten funktionieren. Das sind queere, subkulturelle Orte und "Crip-Culture-Räume."

Das gegenwärtig bedeutendste Format, in dem "Behinderung" für ein Massenpublikum aufbereitet wird, sind die Paralympics. Die Emanzipation von Behinderten wird in vielen Fällen zuallererst mit dem Behindertensport assoziiert. Unlängst wurde ich in ein Gespräch über die Paralympics bzw. die behinderten Spitzensportler verwickelt und machte den Vorschlag die Olympischen Spiele und die Paralympics zusammenzulegen und die Bewertungskriterien abzuschaffen. Man könnte dann also nicht nur in Geschwindigkeit bewerten, sondern auch in Stil, Komik, Experimentelle Note, etc.

"Wir sind nicht nur die seit kurzem in der Fernsehwerbung zu sehenden hochmuskulösen Rollstuhlathleten. [...] auch

die Schlaksigen, Pummeligen, Plumpen und Unausgeglichenen unter uns... Wir sind längst überall, rollen und hoppeln durch die Straßen, tasten mit unserem Stock, saugen an unserem Beatmungsschlauch, folgen unserem Blindenhund... [...]", schreibt Simi Linton programmatisch für das neue Selbstbewusstsein, das aus den Behindertenbewegungen entstanden ist.

In deinem Vortrag bei der "Barrierefrei!?"-Tagung an der Uni Wien¹, hast du auf die Paralympics Bezug genommen. Könntest du nochmal darauf eingehen?

In dem Vortrag habe ich die Mainstream-Repräsentation von Behinderung kritisiert. Robert McRuer hat bei dieser Tagung zu Recht darauf hingewiesen, dass die Paralympics auch sehr viel mit Krieg zu tun haben, bzw. aus der Initiative von Kriegsveteranen hervorgingen.

Ich frage mich bei den Paralympics, was da eigentlich repräsentiert wird die Emanzipation von Menschen mit Behinderung oder werden da die Normen und Werte einer Leistungsgesellschaft bestätigt? Letztendlich einer neoliberalen Leistungsgesellschaft, denn das Motto lautet ja tatsächlich "The Winner takes it all" - und der Rest hat Pech gehabt. Das Ganze wird zunehmend auch immer mehr in Spiel- und Wettbewerbsformen verpackt. Annette Waldschmidt sagt beispielsweise. dass momentan das Feld des Normalen oder das von Normalität - sich flexibilisiert. Meine Interpretation diesbezüglich ist - und da sind die Paralympics geradezu paradigmatisch -, dass eben das Normale mittlerweile dahingehend entgrenzt ist. dass die Minderheiten das Normale repräsentieren dürfen. Zum Beispiel bei Leistung und Wettbewerb, auch im Sport. Der neoliberale Schwenk besteht darin, dass spezifische Minderheiten mittlerweile das Normale repräsentieren dürfen. Gerade in diesem kulturökonomischen Bereich sind ia alle Minderheiten, nicht nur Behinderte, momentan total hip. Das reicht vom Krüppelopernsänger bis zur lesbischen TV-Kommissarin.

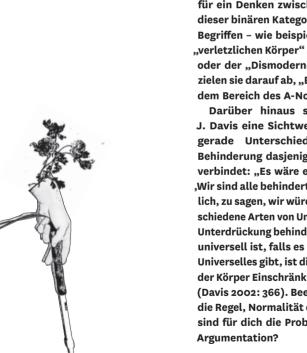
Natürlich bedeutet das auch einen gewissen Freiheitsgewinn, ganz klar. Emanzipation funktioniert in diesem Sinne aber hochambivalent, da sie immer auch einhergeht mit einer Bestätigung von Mainstreamnormen. Wir leben also in einer Gesellschaftsformation, die genau diese hierarchischen Differenzen hervorbringt und das muss man kritisieren. Es kann nicht nur darum gehen, mit dabei zu sein oder sich integrieren zu lassen, ohne an gesellschaftlichen Verhältnissen Kritik zu

Gerade wenn es um Normativitätsdispositive und das Brechen davon geht, haben Queer & Disability viel miteinander zu tun. Du hast des Öfteren über die Verbindungslinien zwischen diesen beiden Feldern aber auch anderen Bereichen geschrieben. Wie würdest du die Zusammenhänge beschreiben?

Differenz ist nicht gleich Differenz in der Gesellschaft. Es gibt sozusagen Differenzmarkierungen im sozialen Feld, die ziemlich brutal und hierarchisch sind und es gibt Differenzmarkierungen, die uns alle überhaupt nicht tangieren. Ob jemand blaue

oder braune Augen hat, blond, rothaarig, oder Brillenträgerin ist, ist eigentlich völlig wurscht! Das konstituiert nicht solche Hierarchien, wie jene, die man als Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit kennt. Es gibt Differenzen, die gesellschaftlich, kulturell und politisch ganz andere Auswirkungen haben und maßgeblich das gesellschaftliche und das kulturelle Leben strukturieren. Damit sind auch zentrale Sozialisationsinstanzen und gesellschaftliche Institutionen verbunden.

Sowohl aus der Perspektive der Disability Studies oder der Queer Studies, als auch der Gender Studies oder in gewisser Hinsicht der Postcolonial Studies, geht es da maßgeblich um körperliche Zuschreibungen. Die Frage ist, welche Individuen denn nun Träger dieser Differenzmerkmale sind,









die mit hierarchischen gesellschaftlichen Strukturen bzw. Zuschreibungen gekoppelt werden? Das sind Körper, die weiblich gekennzeichnet sind, Personen, die eben nicht den weißen, westeuropäischen/ nordamerikanischen, optischen Standard erfüllen – und zwar in jeder Hinsicht, ob jetzt behindert oder migrantischer Herkunft oder auch andere Gruppen, wie beispielsweise der "Queer Fat Activism" zeigt.

Die Intersektionalitätsdebatte in den Kultur- und Sozialwissenschaften fokussiert dagegen immer auf Rasse, Klasse und Geschlecht, bezieht aber Behinderung oder Heteronormativität selten mit ein.

Über "Disabled Dykes" als politische Akteurinnen in alternativen sozialen Bewegungen und Normativität in subkulturellen und linken Kontexten schreibst du in dem Artikel "Queering (dis)abled body politics", "der Club" etwa, ist nicht barrierefrei oder man kommt zwar rein, aber nicht auf die Toilette oder es beginnt alles erst nach elf Uhr.

Wir haben damals in Frankfurt, im Libs eine Gruppe von unterschiedlichen Krüppellesben gegründet. Das Libs ist die Lesben Informations- und Beratungsstelle in Frankfurt und wir sind vor drei Jahren einfach durch den Frankfurter Sub gezogen. Da gab es sehr viele skurrile Situationen und das ist eigentlich der Anlass, warum dieser Artikel entstanden ist. In Frankfurt gibt es ein autonomes Kneipenkollektiv, das Exzess. Unsere Gruppe ist zu einem Leseabend in die OueerFrauenLesben-Kneipe eingelaufen, buchstäblich.

Zehn Frauen mit den unterschiedlichsten Behinderungen, von sichtbar bis unsichtbar, mit Rolli und ohne, schlürfend, hinkend, mit Krücken, Rollatoren, etc. Wir waren ein bisschen zu spät dran und die anderen Frauen saßen schon und plötzlich sprangen alle auf. Das war wie zwei Phalangen, die sich gegenüber standen. Auf der einen die behinderten Frauen mit Rollator, Krücken und Rolli und auf der anderen Seite die nicht behinderten Frauen mit ihren Stühlen. Die nicht behinderten Frauen wollten helfen und wollten denen die Stühle bringen. damit sie sich hinsetzen konnten. Aber es war so absurd. Und es herrschte vor lauter Hilflosigkeit ewiges Schweigen und ich habe dann irgendwann gesagt, die können das schon alleine. Das hat alle ganz schön geschockt.

Der "Freak" - der eigentlich den absonderlichen Monsterschaukrüppel meint - gehörte sozusagen zum Szenewortschatz der 68er-Zeit. Wenn du über Eure Gruppe - die Krüppellesben - erzählst, verwendest du auch das Wort "Krüppel". Mittlerweile ist dieses Wort nicht mehr so geläufig, etwa bei Leuten aus meiner Generation. Ich habe zum Beispiel die Geschichte der Krüppelbewegung und der radikalen Krüppelpolitik oder des sozialistischen PatientInnenkollektivs erst vor kurzem kennengelernt und finde es einfach spannend, notwendig und radikal. Heute würde diese Benennung als "Krüppel", "Krüppellesben" oder "Krüppelgruppe", erneut für ziemliche Schockeffekte sorgen. Ist das nicht ein gewisser Backlash - oder ist diese Provokation und Radikalisierung einfach nicht mehr notwendig?

Das Wort "Krüppel", ähnlich wie in eng-

lischsprachigen Ländern das Wort "queer", war ia auch der Versuch ein Schimpfwort umzudeuten. Auf einer gewissen Ebene ist es misslungen. Das Wort Krüppel, als emanzipatorische Anwendung hat sich so gar nicht durchgesetzt. Wenn das ein Nichtbehinderter sagt, hat es sogar eher einen verletzenden Charakter. Die Behindertenbewegungen haben es auch nicht geschafft, "Krüppel" als alltagssprachliches Wort zu etablieren. In der Tat kommt die emanzipatorische Verwendung des Begriffs aus der Zeit der 1960er/70er Jahre, aus einer Phase der Radikalisierung, Zumindest in Deutschland gab es eine lange Zeit die Überlegung, wie man Disability Studies ins Deutsche übersetzt und da gab es auch eine Debatte, ob man Krüppelstudien sagen soll. Mit dem Verweis auf den Hintergrund des Faschismus und diesem unsäglichen Sprachgebrauch der Weimarer Republik und davor, kam man damals zu dem Entschluss, dass man den Begriff nicht weiter bemühen wollte. Was aber dabei ein Stück weit verloren ging, war diese radikale Gesellschaftskritik. Inzwischen wird zumindest im Englischen von "Crip Theory" oder "Criticial Disability Studies" gesprochen. "Disability Studies" wird jetzt von vielen Seiten gelabelt, "Crip Theory" stellt dagegen stärker den Bezug auf Gesellschaftskritik oder kritische Theorie her.

Transkript: Birgit Leitner

1http://ctl.univie.ac.at/friday-lecture-day (Zugriff am 21. 09. 2011)

Literatur:

Davis, Lennard J. (2002): Dismodernismus und die instabile Identität von Behinderung. In: Steiner, Theo (Hg.): Genpool: Biopolitik und Körper-Utopien. Passagen Verlag: Wien. Linton, Simi (1998): Claiming Disability

Knowledge and Identity. New York University Press: New York.

McRuer, Robert (2006): Crip Theory. Cultural Signs of Queerness & Disability. New York University Press: New York.

Raab, Heike (2010): Shifting the Paradigm: "Behinderung, Heteronormativität und Oueerness", In: Jacob, Jutta/Köbsell, Swantie/ Wollrad, Elske (Hg.): Gendering Disability. Intersektionale Aspekte von Behinderung und Geschlecht. Transcript: Bielefeld.

Tervooren, Anja (2000): Der "verletzliche Körper" als Grundlage eine pädagogischen Anthropologie, In: Lemmermöhle, Doris/ Fischer, Dietlind/Klika, Dorle/Schlüter, Anne (Hg.): Lesarten des Geschlechts. Opladen.

Heike Raab

ist Universitätsassistentin an der Uni Innsbruck. Sie forscht und lehrt zu feministischen und queeren Disability Studies. Studium von Politik, Soziologie, Geschichte und Pädagogik in Gießen und Frankfurt. Promotion an der Universität Wien. Zahlreiche Publikationen zu gueeren, feministischen und dis/ability Themen. Langjähriges Engagement in sozialen Bewegungen und queer-feministischen Arbeitszusammenhängen. Zuletzt erschienen: Heike Raab: Sexuelle Politiken. Die Diskurse zum Lebenspartnerschaftsgesetz. Frankfurt/New York 2011.

Eva Egermann

ist Künstlerin und arbeitet in verschiedenen Medien und Kollektiven. Sie ist Lektorin an der Akademie der bildenden Künste Wien. Sie arbeitet gerade an der Zusammenstellung und Herausgabe des "Crip Magazine", einer experimentellen Zeitschrift, in welchem die Langfassung dieses Gesprächs und weitere Materialien zu finden sein werden. cripmagazine@gmail.com

MURNOCKERL UND SPARPAKETE

Erwin Riess

Der Dozent suchte Groll in dessen Büro beim Binder-Heurigen in Groß-Jedlersdorf auf. Die Sonne blinzelte aus den Wolken, als der Dozent seinen Freund im hintersten Eck des Pawlatschen-Heurigens sah.

"Freund Groll, Sie müssen mir helfen!" Groll legte sein Buch zur Seite und lud den Dozenten ein, Platz zu nehmen. "Worum geht es?"

"Um Graz!"

"Bedaure, Ich bin nur für Wien zuständig, Was sage ich, für Floridsdorf." Er öffnete das Buch wieder.

Er habe sich schlecht ausgedrückt, sagte der Dozent, es gehe um behinderte Menschen in Graz. Das sei etwas anderes, sagte Groll und klappte das Buch zu.

"Behinderte Menschen haben auf Initiative des selbst betroffenen Magister Sebastian Ruppe eine Mahnwache vor dem Landhaus eingerichtet. Die Aktivisten protestieren gegen die Kahlschläge und Streichungen, die das steirische Sparpaket besonders bei behinderten Menschen vornimmt. Das Aktionsbündnis "Österreich behindert Menschen (ÖBM)" sieht dasselbe Muster am Werk wie beim Sparpaket des Bundes; gestrichen wird vor allem bei jenen, die keine Lobby haben. Die geballte Macht der steirischen Regierungsparteien wählte auch in Graz den mutigsten aller Wege und bediente sich bei ienen, die sich am schwersten wehren können."

Groll sprach der Aktion ein großes Lob aus. "Die Behindertenaktivisten zeigen vor, wie's geht. Es scheint, dass Graz nicht nur im negativen historischen Sinn eine Stadt der Bewegung ist."

Er habe vor. eine Unterstützungsgruppe für die Anliegen der behinderten Menschen in Graz zu gründen, fuhr der Dozent fort. "Privatdozenten für Soziologie in Solidarität mit behinderten Menschen, die in Österreich zunehmender Diskriminierung ausgesetzt sind", kurz PSS-BMÖ-ZDA. Ich wäre der Vorsitzende."

"Wie könnte es anders sein", sagte Groll.

"Was lesen Sie da?" Der Dozent langte nach Grolls Buch. "Vom Murnockerl zum Molotow-Cocktail. Wurfgeschosse der Zivilgesellschaft im Wandel der Zeiten. Eine historische Monographie. Samt Bastelanleitung, Revolutionäre Perlen Reihe Band 68." Er sei zwar ein anerkannter Spezialist für graue Literatur, aber von diesem Verlag habe er noch nie gehört, sagte der Dozent verblüfft.

Groll beugte sich vor. Es handle sich um einen Samisdat-Verlag, flüsterte er. "Die Bücher erscheinen nur nach Bedarf."

"Books on demand", meinte der Dozent und verbesserte sich: "Nockerl on demand, kurz NODE."

"Wissen Sie denn überhaupt, was ein Murnockerl ist?", fragte Groll skeptisch.

Der Dozent schüttelte den Kopf. "Eine Mehlspeise?" "Sie sind wahrlich ein Vertreter der

,Lebensfernen Gesellschaftswissenschafter', kurz LEGE", versetzte Groll, "Murnockerln. geschätzter Dozent, sind längliche abgerundete Kieselsteine von Faustgröße. Früher war das der Straßenbelag in der Grazer Innenstadt, die Steine wurden von den Schotterbänken der Mur gewonnen. Einige wenige Grazer Gassen, so höre ich, sind noch mit diesem traditionellen Belag versehen. Alte Leute können sich aber noch gut erinnern, dass die halbe Innenstadt

mit Murnockerln gepflastert war. Eine Droschke machte damals mehr Lärm als drei Kilometer Stadtautobahn."

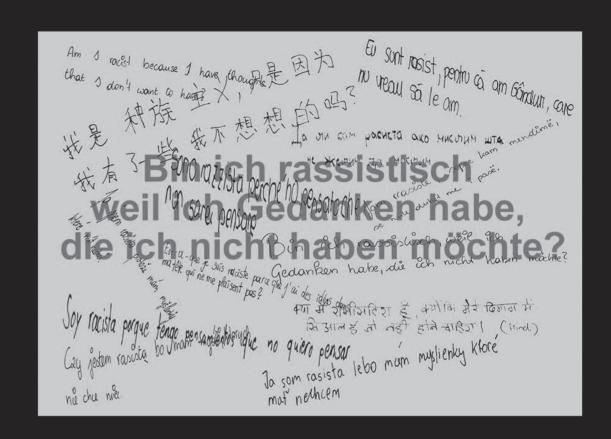
Er würde die Widerstands-Gruppe "Autonome Murnockerln" nennen, kurz AUMUNO, meinte der Dozent.

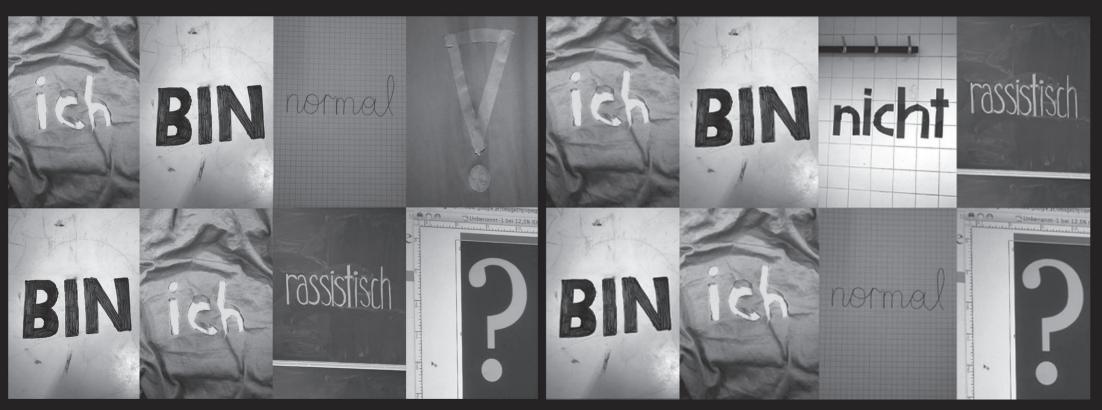
"Manchmal ist es schwer mit Ihnen." Groll öffnete das Buch wieder. Der Dozent wollte zu einer Erwiderung ansetzen, ließ es aber bleiben als er sah, mit wieviel Hingabe Groll den Text studierte. Der Dozent zog daraus die Konsequenz und bestellte ein Grammelschmalzbrot, kurz GRABO.











THEMA

JE SCHWERER DIE BEHINDERUNG, UMSO HÖHER DER SELBSTBEHALT

Die Autorin und Theaterdarstellerin Sieglinde Schauer-Glatz entschied sich vor 30 Jahren gegen die institutionalisierte Betreuung und pflegt seither ihren schwer behinderten Sohn zu Hause. Lisa Gensluckner sprach mit ihr über ihren Kampf gegen hohe Selbstbehalte und die Barrieren für eine Eigenbetreuung.

Lisa Gensluckner: Sie haben sich jahrzehntelang für die Integration von Menschen mit Behinderung, auch als Vorkämpferin für die schulische Integration in Tirol, engagiert. Können Sie einleitend einen kurzen Einblick in diese lange Geschichte eines auch persönlich motivierten politischen Kampfes geben?

Sieglinde Schauer-Glatz: Ich bin Mutter eines Sohnes mit schwerer Behinderung und arbeite mit Martin schon 30 Jahre. Ich habe zunächst die schwere Behinderung nicht gesehen und auch nicht annehmen wollen. Ich habe mich daran gehalten: "Das wird schon wieder und lässt sich richten". Und dann hat alles angefangen: Tag und Nacht Herumtragen, die ständige Frage: "Was mache ich mit dem Kind und wie schaut die Zukunft aus?" Und dann bin ich zu erwachsenen Menschen mit Behinderung gegangen, um zu lernen, was aus ihrer Sicht bei ihnen falsch gemacht wurde. Sie haben mir von ihren gesellschaftlich bedingten Handicaps erzählt. sie haben mich auch unterstützt, besonders Volker Schönwiese, der den Gedanken der Integration in Tirol sehr getragen hat. Ich habe die Idee der Integration dann im Elternverein eingebracht - Integration war damals ein Fremdwort, heute ist es ein Schlagwort. Wir haben 1983/84 die ersten Versuche gemacht, Integration in Diskussionen anzusprechen, ich habe Zeitungen angeschrieben und Öffentlichkeitsarbeit gemacht - das war damals eine Utopie für alle, für die Behörden wie für die betroffenen Eltern. Es war ein mühseliges Tun in diesen ganzen Jahren.

Wir wollten uns eigentlich über einen Dachverband organisieren, dann setzte aber eine Ausdifferenzierung und Spezialisierung ein, unterschiedliche Einrichtungen wurden gegründet – daher kann heute das Land Tirol da und dort Einsparungen durchsetzen und einzelne Projekte abschaffen, ohne dass es einen gemeinsamen, koordinierten Protest gibt. Wenn man politisch etwas verändern will, geht es nur gemeinsam. Heute gibt es sehr wenig Zusammenarbeit, man könnte sagen: Jeder kocht sein Süppchen.

Ich habe jedenfalls für meinen Sohn eine schulische Integration erkämpft, aber ich kämpfe immer noch weiter.

Welche Schwierigkeiten gehen in ihrer jetzigen Situation mit der Entscheidung, ihren Sohn selber zu pflegen und persönlich zu betreuen, also mit der Entscheidung gegen institutionalisierte Betreuung einher?

Eine der ersten Forderungen war diejenige nach der Abschaffung der Heime: Aber was bedeutet die Forderung "Heime weg" unter den gegebenen Rahmenbedingungen, wenn man ein schwer behindertes Kind hat? Mein Sohn wohnt bei mir und wird von mir betreut. Das heißt, du musst jedes Jahr ansuchen, ob du Betreuungsstunden bewilligt bekommst oder nicht, jedes Jahr eine Bittstellerin sein, obwohl die Situation und der Betreuungsaufwand gleich bleiben - heuer habe ich die Stunden erstmals für zwei Jahre bewilligt bekommen, ietzt ist mein Sohn aber schon 30 Jahre alt! Eine einheitliche gesetzliche Grundlage für alle Bundesländer, wie die Höhe der Selbstbehalte für die Stufe 6 oder 7, für Schwerstbehinderte, geregelt werden soll, gibt es nicht. Einheitlich geregelt sind lediglich die Pflegestufen.

Wie sieht vor dem Hintergrund dieser bundesländerspezifischen Regelungen die Situation in Tirol in Bezug auf Selbstbehalte, die im Fall einer nicht-institutionalisierten Betreuung und Begleitung gezahlt werden müssen, aus?

Es gibt alleine in Tirol 740 verschiedene Kostensätze! Es gibt Menschen in einer besseren oder vergleichbaren Situation, die nur einen Euro pro Stunde Selbstbehalt zahlen, andere zahlen fünf Euro. Das Problem ist, dass es keine einheitliche gesetzliche Grundlage gibt.

Ich habe bis jetzt aus finanziellen Gründen erst 150 Betreuungsstunden in Anspruch genommen, habe aber 230 Stunden bewilligt bekommen. Bei einem tatsächlichen 24-Stunden-Betreungsaufwand und in etwa praktisch 720 Stunden pro Monat hätten

für diese 230 Stunden zwei Drittel vom Pflegegeld an Selbstbehalten abgegeben werden müssen. Ich wollte einfach nicht, dass für meine ganze Arbeit, wenn ich praktisch 500 Stunden im Einsatz bin, nur mehr ein Drittel vom Pflegegeld übrigbleibt. Mit diesem Restbetrag könnten die noch notwendigen Stunden auch nicht abgedeckt werden, daher bin ich ohnehin gezwungen, immer dazusein, ob gesund oder krank. Ich bin Tag und Nacht bei Martin und ich sehe das nicht ein, ich kann mir das auch nicht leisten. Mein Sohn Martin müsste außerdem ja sogar noch von diesem Restbetrag des Pflegegeldes leben können, es müsste für Kleidung, Lebensmittel etc. auch noch ausreichen. Über dieses wenige Geld muss ich jedes Jahr Buch führen und beim Bezirksgericht als Sachwalterin alle Ausgaben belegen - ein Hohn. Man spart bei denen, die ohnehin nichts haben. Das ist doch auch paradox: Je höher der Betreuungsaufwand, also ie schwerer die Behinderung, umso höher der Selbstbehalt. Das wird eben nicht bedarfsgerecht gehandhabt.

Was bedeutet das konkret, dass es keinen Rechtsanspruch auf ausreichende Betreuungsstunden gibt?

In der Praxis bedeutet das Willkür, du bist ausgeliefert. Mir ist es sehr wichtig, zu betonen: Der größte Aufwand ist nicht die Behinderung selbst, sondern die gesellschaftlichen, politischen Barrieren, die zu überwinden sind.

Wie haben Sie sich gegen die hohen Selbstbehalte gewehrt und was konnten Sie erreichen?

Das war ein langer Kampf, drei Jahre lang. Man darf einfach nicht aufgeben. Ich habe immer wieder Einspruch erhoben, gemeinsam mit der Selbstbestimmt Leben Initiative SLI und dem Mobilen Hilfsdienst MOHI Tirol. Wir haben gemeinsam durchgesetzt, dass ich jetzt 700 Euro für 230 Betreuungsstunden an Selbstbehalten zahle. Es wurden somit 30 Stunden mehr bewilligt und ca. 300 Euro an Selbstbehalten nachgelassen. Das hat mich auch sehr gefreut, dass MOHI und SLI mich gemeinsam unterstützt haben. Die Betreuungsstunden für meinen Sohn übernimmt das MOHI und die künstlerisch-kreative Betreuung das SLI. Martin hat ja vor sieben Jahren angefangen künstlerisch zu arbeiten - er hat auch eine eigene Webseite (Anm.: www.martinschauer.at) - und mir war es immer sehr wichtig, dass seine Kunst von

akademischen Künstlern gefördert und anerkannt wird. Ich wollte nie, dass seine Arbeit als Therapie gesehen wird.

Wie sehen Sie die politischen Hintergründe, die eine Betreuung zu Hause so erschweren? Wirkt sich hier die Privilegierung der institutionellen Segregation und Unterbringung in Heimen aus?

Eine Einrichtung wie das Elisabethinum kostet bei Pflegestufe 7 wie im Fall von Martin etwa 9.000 bis 11.000 Euro im Monat. Die Situation wäre ganz anders, wenn wir – im Fall einer Betreuung zu Hause – das gleiche Recht hätten und uns das Gleiche zustehen würde wie bei einer institutionalisierten Betreuung – obwohl eine Institution Martin nicht einmal das Gleiche bieten kann wie ich, weil Einzelbetreuung einfach was anderes ist.

Wenn man sich für ein behindertes Kind entscheidet und es nicht in eine Betreuungseinrichtung geben will, fällt man zunächst selber in ein soziales und institutionelles Loch. In einer Einrichtung. wenn man z.B. einen Rollstuhl braucht, läuft das alles anders als von zu Hause aus. Die Integration ist ein unglaublicher Mehraufwand im Alltag und erfordert viel Kraft. Ich habe meinen Sohn selber über die Treppe getragen, ich habe ihn gefahren, er muss gewickelt und gefüttert und in der Nacht gedreht werden. Geduld ist jeden Tag gefragt. Mein Sohn braucht Zuneigung, Liebe, Geduld und Vertrauen. Eine solche Betreuung muss auf einer ganz großen Liebe basieren.

Es ist auch nicht negativ zu sehen, Mehraufwand und eine Leidenschaft für etwas zu haben. Was Mühe und Plage war. ist eben auch eine Bereicherung, führt zu einem erfüllten Leben. Ich habe selber immer nebenher Theater gespielt, viel mit Tanz gemacht, bin als Schriftstellerin tätig. Eigentlich musste ich nicht zurückstecken, ich habe auch von allen meinen drei Kindern gelernt, aber Martin war der größte Lehrmeister. Integration lohnt sich für die Kinder so oder so. Ich hoffe, dass noch viele andere Eltern den Mut haben, ihre Kinder nicht in Institutionen betreuen zu lassen, weil eine Betreuung zu Hause auch soviel Qualität und Inhalt hat. Also: Trotzdem Ja zur Integration sagen.

Aber eine solche Betreuung kann nicht stundenweise bezahlt werden, hier müssen sich auch die Institutionen, die wirklich unterstützen und helfen wollen, etwas überlegen. 250 oder 300 Stunden pro Monat sind das höchste Ausmaß an Betreuungsstunden, die angeboten werden, aber niemals 24 Stunden pro Tag.

Das Problem ist, dass sich für Schwerbehinderte niemand interessiert. Mit Absicht: diese Gruppe wehrt sich ohnehin nicht, denn diejenigen, die irgendwie noch selber kämpfen können, sind sehr wenige. Eltern und Angehörige geben die Kinder oft in eine Einrichtung, weil ihnen der Aufwand zu hoch ist, und damit scheint die ganze Problematik erledigt zu sein.

Die Gesellschaft muss sich einfach daran gewöhnen, dass es behinderte Menschen gibt. Aber solange das Zu-Hause-Bleiben von behinderten Kindern so erschwert wird, ändert sich nichts, haben wir überhaupt keine Chance.

Worin sehen Sie in Bezug auf politische Perspektiven Veränderungspotentiale?

Solange die Eltern sich nicht besser organisieren und solange die damals entstandenen Integrationsbefürworter jeweils ihr eigenes Süppchen kochen, wird auch nichts Neues entstehen können.

Wichtig ist mir auch, dass die Basisarbeit von Betroffenen ernster genommen wird. Erfahrungswerte haben oft keinen Wert; außer die Wissenschaft braucht sie. Ein großes Potential, auch für die *Initiative Minderheiten*, sehe ich daher in einer gleichberechtigten Verbindung von Basisarbeit mit Professionellen, beispielsweise in Form von Kooperationen mit der Universität.

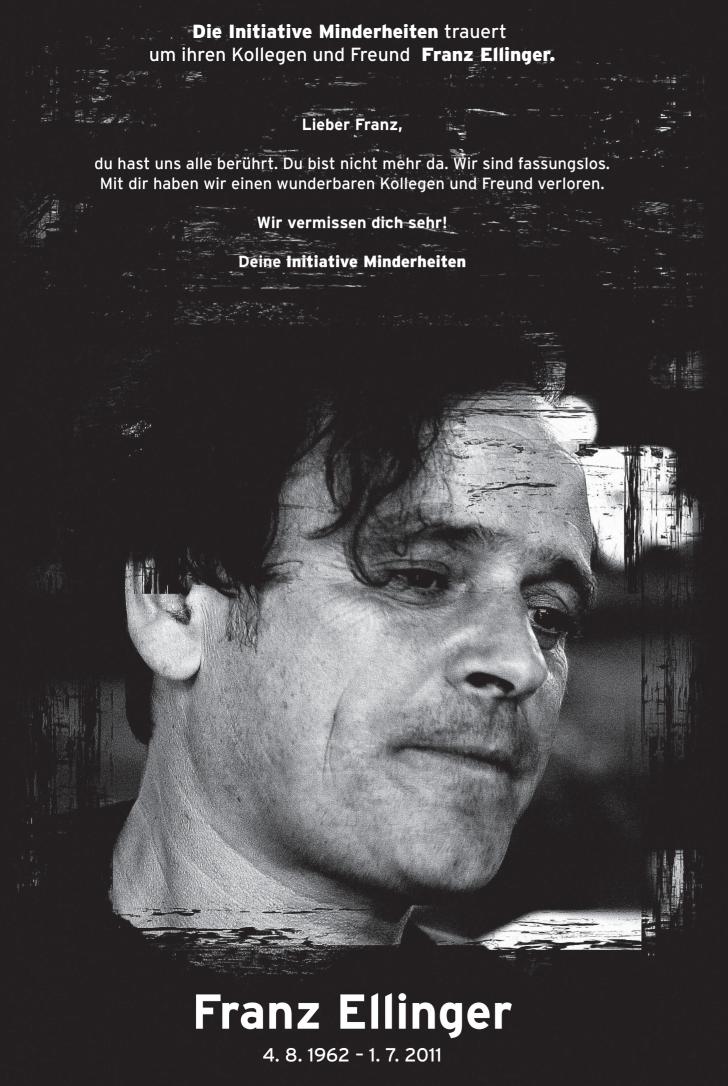
Sieglinde Schauer-Glatz,

geboren 1948 in Tirol als Kind jenischer Eltern, kam im Auftrag der Fürsorge im Alter von 2 Monaten zu Pflegeeltern. Ausbildung als Stationsgehilfin im Landeskrankenhaus Innsbruck. 15 Jahre in der Alten- und Familienhilfe tätig. Theaterdarstellerin, davon 11 Jahre am Volkstheater Innsbruck. Vorkämpferin und Mitbegründerin der integrativen Volks- und Hauptschule für Behinderte und Nichtbehinderte in Österreich. Schreibt Lyrik, Mundartgedichte, Theaterstücke und Märchen und ist Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten.

Lisa Gensluckner

ist Politikwissenschafterin in Innsbruck.





LINKE ANTWORTEN AUF DIE NORWEGEN-ATTENTATE

Radio Stimme hat sich Anfang August auf die Suche nach linken und emanzipatorischen Antworten auf das Massaker von Norwegen gemacht. Eine ganze Reihe an Fragen haben uns dabei beschäftigt: Wie soll der Zusammenhang zwischen rechter, anti-muslimischer Agitation und den Attentaten gedacht werden? Ist es zu begrüßen, dass rechtspopulistischen Parteien nun so viel Aufmerksamkeit und Rechtfertigungsraum gewidmet wird? Wie kann gegen rechten Terror vorgegangen werden? Braucht es mehr Verbote und schärfere Gesetze? Und ist eine ähnliche Terrortat auf Basis linker Ideologiefragmente denkbar? Welche Fallstricke ergeben sich aus der Gleichsetzung von "linkem und rechtem Terror"?

Paul Scheibelhofer und Alexander Pollak haben in einem Studiogespräch drei Aktivist_innen aus dem linken, anti-rassistischen Spektrum mit diesen Fragen konfrontiert: Petja Dimitrova von der 1. März Migrant_innenstreik-Bewegung, Joanna Wilk, Anti-Abschiebungs-Aktivistin, die 2010 gemeinsam mit drei anderen Aktivist_innen ins Visier österreichischer Terrorfahnder geraten ist und einige Wochen in Untersuchungshaft verbringen musste, und Martin Birkner, Redakteur der Zeitschrift Grundrisse, eine Zeitschrift für

Lesen Sie im Folgenden eine Zusammenfassung der kritischen Bemerkungen, der Thesen, der offenen Fragen und der Vorschläge, die von Dimitrova, Wilk und Birkner im Radiogespräch formuliert wurden.

linke Theorie & Debatte.

Kritik an der öffentlichen Debatte

Vier Elemente der öffentlichen Debatte wurden von den Studiogäst_innen kritisch angesprochen:

- Alle drei kritisieren den anti-islamischen Vorurteilsreflex vieler Medien, die in einer ersten Reaktion auf die Attentate über einen islamistischen Tathintergrund spekuliert hatten.
- Kritisiert wird auch die Pathologisierung des Norwegen-Attentäters und der Versuch, den Attentäter als außerhalb jeglicher gesellschaftlicher Norm stehend zu präsentieren.
- Die Thematisierung des Bedrohungspotentials des Rechtsextremismus in Europa wird als positiv angesehen, nicht aber der breite Artikulationsraum, den rechte Parteien im Gefolge der Attentate bekommen haben.
- Als problematisch wird auch die teilweise unreflektierte Wiedergabe der (bildlichen) Selbstdarstellung des Attentäters angesehen. Er wollte in die Medien, so Joanna Wilk, und das habe er auch geschafft.

Offene Fragen zur öffentlichen Debatte

Neben den kritischen Punkten gab es auch eine Reihe an Themen, die sich für die eingeladenen Aktivist_innen nicht klar beantworten ließen:

Für Petja Dimitrova bleibt etwa offen, ob nun im Zuge der öffentlichen Debatte tatsächlich eine kritische Benennung von (anti-muslimischem) Rassismus stattgefunden hat und inwiefern sich ein Gegenpunkt zum weiterhin hegemonialen Diskurs über so genannte christliche Werte entwickelt hat. Die entscheidende Frage sei, ob die Debatte dazu führen werde, rassistische Ressentiments, wie zum Beispiel das gegen Muslim_innen, zu schwächen, oder ob sich die rechtskonservative Logik durchsetzen wird, dass man trotz der Attentate weiterhin einen anti-muslimischen und neoliberalen Anti-Migrations-Diskurs führen darf und

- Ob sich mit den Anschlägen ein Zeitfenster geöffnet hat, in dem sich linke, anti-rassistische Positionen besonders gut transportieren lassen, lässt sich für Martin Birkner nicht eindeutig sagen. Denn bei all der öffentlichen Resonanz, die die Anschläge hervorgerufen haben, ist unklar, ob es gelingt die ideologischen Dimensionen der Tat, die von Rassismus über Anti-Feminismus bis hin zur Konstruktion eines Kulturmarxismus reichen, zu verdeutlichen.
- Für Birkner stellt sich auch die Frage, ob nicht auch bei der Linken in Sachen Religionskritik bzw. dem, was als Religionskritik tituliert wurde, gehörig was schief gegangen sei.

Thesen zu den Hintergründen

Zur Frage der Beziehung zwischen rechter und anti-muslimischer Agitation und den Norwegen-Attentaten wurden folgende Thesen formuliert:

- Joanna Wilk ist sich sicher, dass eine anti-muslimische Stimmung, wie sie von Autoren wie Thilo Sarrazin oder Henryk M. Broder produziert wird, zu Taten wie dem Massaker von Norwegen mit beiträgt. Der Attentäter habe sich explizit auf ganz bestimmte Strömungen bezogen – auch auf solche aus Österreich.
- Martin Birkner weist darauf hin, dass die starke Bedeutungsaufladung digitaler Medien hinsichtlich politischer Prozesse zu hinterfragen sei – denn frühere rechtsextreme Attentäter, wie etwa Franz Fuchs, hatten keine Bloggerszene gehabt, auf die sie zurückgreifen und hinweisen konnten.
- Auch dürfen, so Birkner, nicht die sozialen Transformationsprozesse vergessen werden, die mangels attraktiver alternativer (linker) Angebote zu Verunsicherung führen und den Hintergrund für Radikalisierungen abgeben würden. Mit diesen Prozessen spricht Martin Birkner soziale und ökonomische Krisenprozesse und das Absterben der klassischen repräsentativen Demokratie und demokratischer Gestaltungsmacht an.

Thesen zur Gleichsetzung von rechtem und linkem Terror

Alle Studiogäst_innen ließen klar erkennen, dass sie die Gleichsetzung von rechtem und linkem Terror ablehnen. Warum sie das tun und welche Strategie sie hinter der Gleichsetzung vermuten, lässt sich aus folgenden Wortmeldungen herauslesen:

- Bei rechter Ideologie, so Joanna Wilk, werde gegen eine demokratische Ordnung gekämpft, während linke Gruppierungen gegen Kapitalismus kämpfen. Linke Bewegungen würden sich für eine emanzipatorische, freie Gesellschaft einsetzen, in der für jede/n Platz sei. Wilk könne sich daher auch nicht vorstellen, dass eine solche Tat von links möglich sei, auch wenn derartige theoretischen Annahmen und Prognosen immer schwierig seien.
- Petja Dimitrova stellt fest, dass es beim öffentlichen und politischen Diskurs auch um Disziplinierung gehe – und genau das sei die Funktion der falschen Gleichsetzung von so genanntem linkem und rechtem Extremismus.
- Martin Birkner hält es für unmöglich, extreme Gewalttaten, wie die in Norwegen, vollkommen zu entschlüsseln. Nichtsdestotrotz sei es offenkundig, dass die Art der öffentlichen Diskussion die Kritik an bestehender struktureller politischer Gewalt, wie Abschiebungen und Verletzungen von Grund- und Persönlichkeitsrechten, unterbinden solle.

Kritik an der geplanten Verschärfung der Anti-Terror-Gesetze

Eine Verschärfung der Terror-Gesetze wurde von den Studiogäst_innen unisono abgelehnt. Folgende Argumente dagegen wurden vorgebracht:

• Es werde immer wieder beteuert, die Polizei gehe sensibel mit ihren Ermittlungsmöglichkeiten um, aber das stimme nicht. so Joanna Wilk, die die Wirkung von Anti-Terrorgesetzen am eigenen Leib zu spüren bekommen hatte. Sie wurde gemeinsam mit drei weiteren Aktivist_innen auf Basis des so genannten Terrorparagraphen 278b inhaftiert. Ihnen wurde ein Brandanschlag auf Müllcontainer im Eingangsbereich einer Arbeitsmarktservicestelle, sowie die Bildung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Laut Paragraphen 278b ist eine terroristische Vereinigung "ein auf längere Zeit angelegter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, der darauf ausgerichtet ist, dass von einem oder mehreren Mitgliedern dieser Vereinigung eine oder mehrere terroristische Straftaten ausgeführt werden oder Terrorismusfinanzierung betrieben wird." Gesetze würden immer wieder missbraucht, um Druck auf kritische Menschen auszuüben, so Joanna Wilk. Durch eine Erweiterung des Terrorparagraphen, wodurch auch das Planen und Gutheißen von Terror zu einem speziellen Tatbestand wird, würden noch mehr Menschen ins Visier von Ermittlungen geraten.

- Für Martin Birkner ist klar, dass es keine Gesetzesverschärfungen braucht. Durch Verfahren, die auf Gesetzen wie dem Terrorparagraphen basieren, würden Leute gedemütigt und Existenzen zerstört das Verfahren selbst werde zur Strafe, so Birkner. Es müsse Grenzen der staatlichen Eingriffe in Grundrechte geben. Doch diese Grenzen seien nicht klar definiert. Und das würde immer wieder zum Problem werden.
- Petja Dimitrova verweist auf den österreichischen Reflex, Strenge und Repression zu fordern. Was es hingegen wirklich brauche, so Dimitrova, sei eine Verschärfung des Kampfes gegen Rechtsextremismus. Und hier stelle sich die Frage, warum Demonstrationen und Kundgebungen, die sich gegen Rechtsextremismus richten, verboten und somit Personen, die gegen Rechte auftreten, zu Gewalttäter_innen stilisiert würden.

Vorschläge

Zu guter Letzt baten wir die drei Studiogäst_innen, Vorschläge zu machen, was getan werden müsse, um die extreme Rechte zu schwächen:

- Um rechter Agitation entgegenzutreten und rechten Terror zu verhindern brauche es Bildungsarbeit und die Förderung von kritischem Denken, inklusive einer historischen Analyse der Entwicklung des Rechtsextremismus und Rassismus, so Petja Dimitrova. Medien, Schule und Literatur müssen sich da klar positionieren.
- Joanna Wilk möchte, dass dem rassistischen Diskurs durch Bildungsarbeit und durch Zivilcourage im Alltag der Nährboden entzogen werde. Es müsse eingeschritten werden, wenn etwas Rassistisches passiert.
- Skeptisch zur Wirksamkeit von Bildungsmaßnahmen äußert sich hingegen Martin Birkner. Rassismen durch Aufklärung und gute Argumente abzubauen funktioniere

nur in sehr beschränkten Maßen, so Birkner. Ein wichtiger Ansatz sei das Alltagshandeln, eben Zivilcourage, ein zweiter Ansatz seien gemeinsame Projekte mit migrantischen Organisationen und Communities. Darüber hinaus misse man aber auch auf das Große schauen, nämlich dass die gesellschaftliche Linke in Österreich marginalisiert sei und keine Stimme habe, die in der breiten Öffentlichkeit gehört würde. Das, so Birkner, sei ein elementares Problem. Es brauche eine andere gesellschaftliche Konstellation, von der wir aber nicht wissen, wie sie herzustellen ist. Eine gesellschaftliche Alternative, die über Rassismus und über Kapitalismus hinausweist und neue Formen der Vergesellschaftung vorlebt und vorschlägt. Der Versuch, eine solche Alternative zu schaffen, sei, so Birkner, weniger unrealistisch, als auf eine Demokratisierung des jetzigen Staates zu hoffen.

Diese Nachlese basiert auf der Radio Stimme-Sendung vom 2. August 2011, abrufbar im Sendungsarchiv: www.radiostimme.at

Radio Stimme

ist das Radiomagazin der Initiative Minderheiten zu den Themen Minderheiten, Mehrheiten und Machtverhältnisse. Initiative Minderheiten und Arbeiterkammer Wien laden ein zum Symposium anlässlich 20 Jahre Initiative Minderheiten

"Wie hältst du's mit der Sprache?"

Zur Bedeutung von Sprache und Mehrsprachigkeit

10. – 11. November 2011

Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien

Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

mit Vorträgen und Lesungen von

İnci Dirim, Vlatka Frketić, Hakan Gürses, Michal Hvorecký, Anna Kim, Erwin Riess und Vladimir Wakounig

> Jubiläums-Konzert 11. November 2011, ab 20.30 mit: Bruji und Clara Luzia

Detailliertes Programm unter www.initiative.minderheiten.at



Fabien Didier Yene Bis an die Grenzen.

Chronik einer Migration Vom französischen Typoskript übersetzt von Beatriz Graf · Edition Niemandsland – Hg. Grüne Bildungswerkstatt Minderheiter Geb. mit Schutzumschlag, 224 Seiten ISBN 978-3-85435-642-4 · EUR 19,80

Drava ¹

9020 Klagenfurt/Celovec, Tarviser Straße 16 Telefon +43 463/50 10 99 · office@drava.at www.drava.at

Ein einzigartiges Dokument über die unmenschlichen Konsequenzen der europäischen Abschottungspolitik.

Fabien Didier Yene ist einer der afrikanischen Flüchtlinge, die zu Tausenden versuchen, die Drahtzäune in Marokko zu überwinden, um nach Europa zu gelangen. Immer wieder rennt er gegen den Grenzzun an oder versucht schwimmend europäischen Boden zu erreichen. Immer wieder wird er zurückgeworfen, aufgegriffen, an die Grenze abgeschoben, einmal mit ein paar anderen mitten in der Wüste zurückgelassen. In der dritten Person erzählt er von seiner Reise nach Europa, die in Marokko zu einem vorläufigen Stillstand kommt.

Fabien Didier Yene liest in Österreich aus seinem Buch:

Sonntag, 6. November 2011, 17.30, Neufeld a. d. Leitha, Bäckerei May, Hauptstraße 69 Dienstag, 8. November 2011, 19.00, Klagenfurt/Celovec, RAJ, Badgasse Freitag, 11. November 2011, 15.30, Buch Wien, Messe Wien, Halle D Mittwoch, 16. November 2011, Feldkirch Donnerstag, 17. November 2011, 19.00, Innsbruck, Begegnungsbogen, Ing.-Etzel-Straße, Bogen 37

Eine Veranstaltungsreihe der GBW Minderheiten in Kooperation mit Drava.

»Die karge Direktheit der Worte macht dieses Buch nicht zu einem nach Mitgefühl haschenden Zeugnis einer tragischen Fluchtgeschichte, sondern zu einem dringlichen Appell, das lange ausstehende Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit von MigrantInnen und ein Dasein ohne Diskriminierung durchzusetzen. Absolut empfehlenswert.« (derstandard.at)

DER MOSAIKBAUER



Norbert Ehrlich, Gründer und Leiter Salam, Orien

Das Musik- und Kunstfestival Salam.Orient feiert sein zehnjähriges Jubiläum. Unter dem Leitbild "Arabischer Frühling 2011" findet heuer das Festival statt. Künstler vermitteln insbesondere die Positionen der Menschen im arabischen Raum. Zeit für die STIMME, mit dem Gründer Norbert Ehrlich kurz zurückzublicken und einen Ausblick zu wagen. Von Thomas Jäkle

STIMME: Herr Ehrlich, Sie haben genau vor zehn Jahren das Kunst- und Musikfestival gegründet, das heute Salam. Orient heißt. Was war der Anlass?

Norbert Ehrlich: Ausgangpunkt war die Terrorattacke am 11. September 2001 mit den fürchterlichen Bildern, die jedem in Erinnerung sind. Ich habe mir damals gesagt, dass es aber auch andere Positionen, andere Bilder und Menschen gibt und andere Sichtweisen zum Islam. Ich wollte einen Kontrapunkt setzen.

Zunächst hieß das Festival Salam. Islam. Warum haben sie den Namen geändert?

Die Bezeichnung Salam.Islam war zu eng. Ich hatte das Gefühl, dass wir all diejenigen ausschließen, die aus dem islamischen Kulturkreis stammen, aber mit Religion nicht viel anfangen konnten. Der Taufschein-Christ wäre vergleichsweise das Äguivalent. Im islamisch-orientalischen Kulturkreis gibt es ebenso viele Menschen, die Taufschein-Muslime sind. Und diese Menschen wollte ich ansprechen, ich wollte sie hereinholen.

Haben sich Ihre Erwartungen damit auch erfüllt?

Die Künstler kommen zwar vorwiegend aus dem islamischen Kulturkreis, also von Marokko, ganz Nordafrika, der Türkei bis hin zum arabischen Raum, Persien und Indien. Wir sind aber nicht nur im islamischen Kulturkreis sondern viel weiter unterwegs. Und daher war die neue Namensgebung viel zutreffender und klarer.

Sie haben unzählige Künstler aus dem islamischen Raum, die sehr berühmt sind, aber auch solche, die man hier nicht kennt. Wie kommt es zu dieser doch recht unterschiedlichen Auswahl?

Ich bekomme viele Empfehlungen und direkte Zuschriften, bin natürlich aufgrund meiner zwanzigjährigen Erfahrung als ehemaliger Geschäftsführer der Szene Wien auch entsprechend vernetzt. Wir wollen ein Mosaik zeigen, über den islamischenorientalistischen Kulturkreis. Neben Hip-Hop und Pop aus der arabischen Region, der klassischen Musik aus Persien bis hin zur Musik des Sufismus aus Indien haben wir einen weiten Bogen gespannt. Ein Trio aus der Türkei liest den Till Eulenspiegel der Türkei. Neben den Künstlern aus dem orientalischen Raum haben wir auch Künstler aus diesen Regionen, die in Österreich leben und hier sehr bekannt sind. Und nicht zu vergessen: Das Festival hat auch eine wissenschaftliche Begleitung

mit Gastvorträgen etwa von Islamwissenschaftlern und Orientalisten. Wir holen auch unbekannte Leute. Doch wir haben einige Hürden zu nehmen. So wollten wir eine Bigband aus Syrien einladen. Das ging leider nicht. Wir hätten die Garantie für die Musiker übernehmen müssen, falls sie nicht mehr zurückkehren können oder wegen der unsicheren Lage hier bleiben würden.

Zur Finanzierung: Sie sind abhängig von Zuschüssen, hauptsächlich der Ministerien. Ist das Festival auch künftig ausfinanziert?

Es hängt natürlich alles von der politischen Großwetterlage in Österreich ab. Aber das BMUKK hat uns bisher sehr unterstützt, der Zuschuss der Gemeinde Wien könnte ein wenig besser sein. Aber es gibt auch sehr gute Kooperationen mit dem Künstlerhaus. Und Sponsoren wie Tunisair sind heuer erstmals mit dabei und fördern uns, was uns natürlich sehr freut.

Die Kunst hat ein feines Sensorium für Veränderungen. Hätten Sie es vor einem Jahr für möglich gehalten, dass die Welt gerade im Maghreb so auf den Kopf gestellt wird?

Wer hat 1988 gewusst, dass 1989 der Eiserne Vorhang nicht mehr existieren wird? Ich wage zu sagen: Niemand. Es war nicht abzusehen, auch wenn es kritische Künstler gegeben hat. Die Künstler wissen oft, wie lange der Deckel auf dem Topf gehalten wird, aber auch wann er davon fliegt. So wie Hip-Hopper El Général aus Tunesien, der heuer bei uns auftritt. Er wurde noch im Jänner wegen kritischer Lieder gegen den Machthaber Ben-Ali in Tunesien eingesperrt. Und Souad Massi aus Algerien musste wegen politischem Druck nach einem Konzert in Frankreich ihrem Land den Rücken kehren.

Blicken Sie nach vorne, ist dann ihre Mission zu Ende oder geht's nochmals zehn Jahre weiter?

Ich bin zwar vom Alter ziemlich in den hohen Sechzigern, aber ich mache weiter. Ich glaube, dass das Festival ein ganz wichtiger Beitrag ist. Es geht weniger um 9/11, dafür umso mehr um den "Arabischen Frühling 2011" mit all den neuen Hoffnungen für Millionen von Menschen

www.salam-orient.at

GLEICH & GLEICH BEHINDERTENGLEICHSTELLUNG



Seit 14 Jahren steht in unserer Bundesverfassung: "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." Dass Menschen mit Behinderung einen Anspruch darauf haben, zu leben und zu arbeiten wie alle anderen auch, gehört seither zum Rechtsbestand unserer Gesellschaft.

Seit fünf Jahren bietet das Bundessozialamt (BSB) im Rahmen des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes bei einer Diskriminierung im Alltag und im Berufsleben ein Schlichtungsgespräch an. Weiters kann in diesem Rahmen eine kostenlose Mediation in Anspruch genommen werden.

Mediation ist ein strukturiertes Konfliktregelungsverfahren, das in allen Fällen anwendbar ist. Es wird unter der Leitung von ausgebildeten MediatorInnen versucht, eine für alle Beteiligten lebbare und umsetzbare Lösung zu finden.

Wird keine Einigung erzielt, stellt das Bundessozialamt eine Bestätigung über die Nicht-Einigung aus. Mit dieser Bestätigung können Schadenersatzansprüche beim zuständigen Gericht geltend gemacht werden.

Die Liste der MediatorInnen und alle weiteren Informationen zur Behindertengleichstellung sind auf der Homepage des Bundessozialamtes www.bundessozialamt.gv.at abrufbar.



BUNDESSOZIALAMT

TIPPS

NOCH ZU RETTEN?

Sabine Strasser, Elisabeth Holzleithner (Hg.): Multikulturalismus queer gelesen. Zwangsheirat und gleichgeschlechtliche Ehe in pluralen Gesellschaften. Campus Verlag: Frankfurt am Main 2010.

370 Seiten; € 32,90 ISBN 978-3-593-39172-4



Die Frage "Ist der Multikulturalismus noch zu retten?" zieht sich durch den ganzen Sammelband, herausgegeben von der Rechtsphilosophin Elisabeth Holzleithner und der Sozialanthropologin Sabine Strasser. Sie setzen mit diesem Buch an, eine schmerzlich klaffende Lücke zu schließen: Gleichwertig und gleichzeitig die europaweit schwelenden Rassismen – insbesondere in Form von Islamfeindlichkeit – und die sich zunehmend artikulierenden antihomosexuellen Ressentiments zu betrachten. Multikulturalistische Ansätze und Queer Theorie kommen endlich miteinander in Berührung.

Einem gesamteuropäischen Vergleich von Auftragsstudien zum Thema "Zwangs-

verheiratung" von Maria Schiller folgt ein Kernstück des Bandes: Die Feldstudie von Sabine Strasser und Christa Markom in einer Österreichischen Kleinstadt. "Ehezwang" und "Eheverbot" werden darin gerecht gegengerechnet. Die Pseudotoleranz der "Bevölkerung", sowohl "die Türken" als auch "die Homos" betreffend, wird parallel entlarvt, genau so wie die jeweils unterstellten Defizite an "Ehre" beziehungsweise "sexueller Freizügigkeit", die zwischen "den Türken" und "den Österreichern" üblich eind

Ines Rössl und Katharina Beclin untersuchen "Zwangsverheiratung" und "Arrangierte Ehe" im Kontext von Österreichs Zuwanderungs- und Familienzusammenführungsrecht. Anne Phillips analysiert juristische Diskurse zu Zwangsehen in Großbritannien, von denen mehrheitlich junge Frauen aus pakistanischen Familien betroffen sind. Sabine Strasser, irem Tuncer und Altan Sungur zeigen ein vielschichtiges Bild vom aktuellen Wandel von Ehe- und Ehrbegriff im Türkischen Recht und konstatieren die soziale Zuschreibung von "Rückständigkeit" gegenüber "den Kurden".

Nikolaus Benke zeichnet die zunehmende heteronormative Abwertung durch erstarkende christlich-konservative Familienideologie akribisch nach, die zwischen dem Erstentwurf zur Eingetragenen Partner_innenschaft in Österreich und dem seit Jänner 2010 gültigen Gesetz (EPG) stattfand. Alex Sharpe vergleicht die Unterschiede, die Großbritannien zwischen Ehe und der 2004 eingeführten Civil Partnership macht. Und Kerem Öktem schreibt engagiert über den so rapiden wie ungleichmäßigen gesellschaftlichen Wandel in der Türkei für Menschen mit queeren Lebensentwürfen: Urbane Organisationen und Freizeitangebote der queeren community stehen einem System martialischer Männlichkeit der Streitkräfte gegenüber. Transgender-Prostituierte sind Freiwild für jede Art von Aggression und Willkür

Elisabeth Holzleithner spricht die Leerstelle im multikulturellen Diskurs an, die queere Lebensformen - im Unterschied zu Frauenrechten - darstellen. Die Ablehnung dichotomer Hierarchien und starrer Identitäten zugunsten des Begriffs der Intersektionalität durch queere Theorie ist hochgradig kompatibel mit multikulturellen und antirassistischen Diskursen.

Christa Markom und Ines Rössl schreiben über Intersektionalität und Exit sexueller Minderheiten in ethnisch minorisierten Gruppen in Österreich. Die Studie entstand 2007. Der darin konstatierte Mangel einer Selbstorganisation abseits institutionalisierter Anlaufstellen war zum Zeitpunkt des Erscheinens (2010) gerade nicht mehr aktuell. Nun gibt es in Wien mit MiGaY wieder einen queer-migrantischen Verein, wie er der Szene nach der Auflösung des Vorgängervereins "Vienna Mix" bitter gefehlt hatte.

Die erfreuliche "Überholtheit" dieses einzelnen Studienergebnisses ist ein wertvoller Hinweis für die Lektüre empirischer Studien generell: Für Menschen, die von Ehezwängen und Eheverboten betroffen sind, von Rassismus, Islamfeindlichkeit, oder/und Antihomosexualität, finden österreich- und europaweit kleine Verbesserungen und große Verschlechterungen permanent statt!

"Ist der Multikulturalismus noch zu retten?", fragt abschließend Sabine Strasser. Sie stellt Konzepte des Multikulturalismus auf den Prüfstand von Wissenschaft, Politik und Recht, und führt vor Augen, wie brutal der multikulturalistische Ansatz von der rechten Politik sofort desavouiert wurde, als er antrat, Ausgrenzung und Abwertung durch Gleichberechtigung ersetzen zu wollen.

Sie ermutigt: "Der Kampf gegen Gewalt an Frauen und sexuellen Minderheiten liefert kaum Argumente für den Rückzug von multikulturellen Ansätzen, sondern verlangt im Gegenteil nach kultursensiblen Maßnahmen, die ihrerseits jedoch Kulturalisierungen und Stereotypisierungen vermeiden." (S. 364)

Helga Pankratz

ROSA WINKEL - EINE (ÜBER)LEBENSGESCHICHTE

Alexander Zinn: Das Glück kam immer zu mir.

Rudolf Brazda - Das Überleben eines Homosexuellen im Dritten Reich.

Campus Verlag: Frankfurt am Main 2011.

356 Seiten; € 25,60 ISBN: 978-3-5933-9435-0

"Das Glück kam immer zu mir", so die Lebensbilanz von Rudolf Brazda sowie der Titel der Biographie, die Alexander Zinn über den homosexuellen Überlebenden des Dritten Reichs geschrieben hat. Brazda war einer der letzten noch lebenden Zeitzeugen, der den "Rosa Winkel" tragen musste. Inzwischen ist der 98-Jährige am 3. August 2011 verstorben.

Rudolf Brazda sah einen Bericht über das Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Schwulen in Berlin und wollte zur Eröffnung kommen. Seine Nichte Elvira landete telefonisch schließlich beim Lesben- und Schwulenverband, dessen Pressesprecher der Soziologe Alexander Zinn war. Der Besuch zur Einweihung des Mahnmals klappte nicht, doch wenige Wochen später besuchten Brazda und der Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit das Mahnmal zum Christopher Street Day. Brazda winkte zuerst schüchtern mit einer Rose, posierte vor den Kameras, der Bürgermeister strich ihm über das zerzauste Haar

Alexander Zinn hat die eindrucksvolle Lebensgeschichte Rudolf Brazdas aufgeschrieben – führte Interviews, begleitete ihn zu den wichtigen Orten seines Lebens und spürte Archivmaterial in Deutschland und Tschechien auf. Viele Erinnerungen waren nach mehr als 60 Jahren natürlich verschwommen und lückenhaft, aufgrund u. a. der Strafakten konnte der Autor aber viele Leerstellen füllen.

Rudolf Brazda wurde 1913 als jüngstes von acht Kindern tschechischer Einwanderer im damals preußischen Brossen geboren. Schon früh lernte er von seiner Mutter das Kochen und von seiner Schwester das Nähen, worauf er sich seine eigenen Kleider schneiderte. Brazda liebte die Verkleidung, spielte mit seiner Geschlechtsidentität und wurde cross-dressed oftmals für ein Mädchen gehalten. Er entdeckte schon bald, dass sein sexuelles Interesse Männern galt. Eine Lehrstelle als Dekorateur in einem Konfektionsgeschäft bekam er nicht, da er kein deutscher Staatsbürger war, und so wurde er Dachdecker. Er war

begeisterter Tänzer und ging in Leipzig auf Bälle und Tanzveranstaltungen – sein großes Vorbild war Josephine Baker, die er gekonnt imitierte. In seinem Heimatort lernte er seine erste große Liebe, Werner Bilz, kennen. Schon bald zog Brazda bei ihm ein und die Vermieterin überließ den Beiden ihr Schlafzimmer.

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung geriet Brazda und sein Freundeskreis bald ins Visier der Behörden. Im Herbst 1934 setzte die systematische Verfolgung homosexueller Männer ein. Über 100.000 wurden polizeilich erfasst, rund 50.000 nach § 175 des deutschen Strafgesetzbuches verurteilt. Etwa 10.000 schwule Männer wurden in Konzentrationslager verschleppt und mit dem "Rosa Winkel" gebrandmarkt.

1937 wurde Brazda denunziert und wegen "unnatürlichen Verhaltens" zunächst in U-Haft gesteckt und dann zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Werner Bilz sah er nie wieder, denn dieser wurde zur Wehrmacht eingezogen, seine Spur verliert sich in Rumänien.

Aus der Haft entlassen erfolgte Brazdas Abschiebung in die Tschechoslowakei, wo er sich in Karlsbad niederließ. Hier lernte er einen neuen Lebensgefährten kennen, der Kontakte zum Theaterensemble "Fischli-Bühne" hatte. Dort trat er in Operetten auf und arbeitete als Schauspieler sowie Tänzer. Nach der Annexion des Sudetenlandes durch das Deutsche Reich wurden bald die Juden der Theatertruppe verhaftet. Etwas später wurde auch Brazda erneut verhaftet und zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßen der Haftstrafe wurde er in "Schutzhaft" genommen und 1942 im Konzentrationslager Buchenwald interniert. Als Homosexueller musste er den "Rosa Winkel" mit einem "T" für Tscheche tragen. Zunächst arbeitete er im Steinbruch, was eine besonders harte Arbeit bedeutete, bei der viele den Tod fanden. Schon bald wurde er aber zu einer leichteren Arbeit im Sanitätsdienst herangezogen und anschließend als Dachdecker in ein Baukommando überstellt. Dort nahm sich



ein kommunistischer Kapo seiner an und es entwickelte sich eine Liebesbeziehung.

Als im Frühjahr 1945 das KZ Buchenwald "evakuiert" werden sollte und die Inhaftierten auf lange und für viele todbringende Märsche geschickt wurden, konnte er sich mit Hilfe eines Aufsehers in einem Schweinestall verstecken, bis die US-Armee das Lager befreite. Brazda ging nach der Befreiung nach Frankreich und lernte dort seinen Lebenspartner Eduard Mayer kennen, mit dem er bis zu dessen Tod zusammen blieb.

Ein sehr bewegendes Buch über einen Menschen, der trotz Schicksalsschläge das Leben positiv sah. Die Publikation kann aber nicht nur als Biografie gelesen werden, denn historische Fakten durchziehen das gesamte Buch.

Petra M. Springer

LIEDER VON VERFOLGUNG UND WIDERSTAND

Eine Vortragsreihe von Peter Grusch

Die Vortragsreihe präsentiert Lieder der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstands im Rahmen ihres zeitlichen Umfelds. So wird die Geschichte durch die Lieder lebendig und die Lieder werden historisch eingebettet. Damit die Lieder nicht vergessen werden und lebendiges Kulturgut bleiben, ist Mitsingen erwünscht.

In den Konzentrationslagern der Nazis bildete Musik von Anfang an einen festen Bestandteil des Lagerlebens. Von der SS wurde sie gezielt als Entwürdigungs- und Disziplinierungsstrategie eingesetzt, wenn das Singen-Müssen beim Marschieren, Exerzieren oder bei Strafaktionen die Gefangenen verspottete und demütigte. Doch vor allem die politischen Häftlinge wagten es ihr eigenes, kulturelles Leben zu schaffen und selbstbestimmt zu musizieren.

Musik aus Konzentrationslagern

07.11.2011, 19:30-21:00

Spanischer Bürgerkrieg

Warum ist der Kampf gegen den Faschismus in Spanien verloren worden? Das hat mehrere Gründe: Die spanische Monarchie blieb während des Ersten Weltkriegs offiziell neutral. Durch Lieferungen an beide kriegführenden Seiten erlebte die Wirtschaft einen Aufschwung. Das Nachlassen dieser Konjunktur führte zu einer Stärkung der völlig unterprivilegierten Land- und Industriearbeiterschaft. Emanzipationsbewegungen der nationalen Minderheiten – vor allem in Katalonien und dem Baskenland – führten zu bewaffneten Auseinandersetzungen und Streiks.

24.10.2011, 19:30-21:00

Vom Novemberpogrom zur Shoa

Die Reichspogromnacht am 9.11.1938 war nicht Beginn der Verfolgung der Juden im Dritten Reich, sondern nur ein Zwischenschritt von der Rechtlosigkeit zum industriellen Massenmord. Eines hatte sie allerdings den Führern der NSDAP gezeigt: Nicht unwesentliche Teile der Bevölkerung waren mit diesem Terror nicht einverstanden. Die so genannte Lösung der Judenfrage wurde daher mit anderen, weniger sichtbaren, aber effektiveren Mitteln weitergetrieben, was schließlich in den Holocaust mündete.

21.11.2011, 19:30-21:00

Musik aus Frauenkonzentrationslagern

Die meisten der Lieder, die von Frauen getextet und/oder komponiert wurden, sind leider nicht sehr bekannt und auch nur selten auf Tonträgern erhältlich. Sie wurden kaum verbreitet, da weibliche KZ-Häftlinge sehr selten in andere Frauen-KZs überstellt wurden.

05.12.2011, 19:30-21:00

Lieder des europäischen Widerstands gegen den Faschismus

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus begann nicht erst mit der Angelobung Hitlers zum deutschen Reichskanzler. Schon in der Weimarer Republik kam es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen SA-Verbänden und Gruppen der Arbeiterparteien SPD und KPD. Im austrofaschistischen Ständestaat und unmittelbar nach der Besetzung entstanden auch in Österreich zahlreiche Spottlieder.

09.01.2012, 19:30-21:00

Ort: Volkshochschule Brigittenau,
Raffaelgasse 11-13, 1200 Wien
Tel. +43 (0)1 / 330 41 95
anmeldung.vhs2o@vhs.at
Anmeldeschluss jeweils eine Woche vor der
Veranstaltung. Pro Veranstaltung € 6,-.

SALANIORIENT

Jo Jahre Salam Orient
Salam Orient
Musik, Tanz und Poesie aus orientalischen Kulturen

13.10. bis 5.11.2011

www.salam-orient.at

Arena Wien | Das Dorf | Dschungel Wien | Filmcasino | Gasthaus Penkner/00 | Kino Udarnik | ost*klub | Porgy & Bess | RadioKulturhaus | Reigen | Sargfabrik | Theaterhaus | Wiener Konzerthaus | Wiener Metropol

01/514 50

Weiter kommt, wer perfekte Verbindungen nutzt.

Tag für Tag arbeiten Wiens Unternehmen an einer erfolgreichen Zukunft. Die Wirtschaftskammer Wien unterstützt sie dabei: mit einer Vielzahl an Services – von Beratungen zu Unternehmensgründungen, rechtlichen Fragen und Förderungen über beste Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bis hin zu hochkarätigen Informationsveranstaltungen – sowie als Interessenvertretung. Informieren Sie sich jetzt: **T 01/514 50, wko.at/wien**



IM OKTOBER 2011

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn so viele frühere Leitfiguren sich plötzlich als Objekte von Unschuldsvermutungen herausstellen. Und wenn man praktisch gezwungen ist zu sagen: "Aber es war nicht alles schlecht damals!" Und sich fast auf die Zunge beißen muss, dass man nicht automatisch sagt: "Ja schlimm, unterm Haider hätts des net gebn!" Der Hubert Gorbach hat von der Telekom 264.000 Euro für eine Sekretärin erhalten, die er zwei Jahre beschäftigt hat! Das muss eine wahre Spitzenkraft mit Breitband-Fähigkeiten sein, die über 10.000 Euro im Monat wert war. Wahrscheinlich vielfach verwendbar. Der Matthias Reichhold, der ein Jahr Verkehrsminister war, hat 72.000 Euro abgecasht. Der Herbert Scheibner ausgeliefert vom Parlament! Da komm ich mir selbst ein bisserl blöd vor, dass ich als Idealist dabei war und gratis geschwärmt habe. Da ist es kein wirklicher Trost, dass die Anderen auch gesenkten Blicks des Weges gehen. Weil sie derzeit auch nichts zu lachen haben.

Der Kommerzienrat Schwarzschanderl zum Beispiel. Dass der Wilhelm Molterer 20.000 Euro für seinen Dorfklub Sierning genommen hat, wollte der Kommerzienrat uns noch als Sportförderung im ländlichen

Raum zur Bekämpfung der Landflucht verkaufen. Dann ist aber der Schüller mit seinem Aufruf zum Ungehorsam an die Öffentlichkeit gegangen, seither schimpft der Schwarzschanderl über die aufmüpfige Pfaffenbrut wie ein Rohrspatz. Dass der Kaisersohn Otto gestorben ist, hat unser Schwarzer an einem Einkehrwochenende in einem Kloster verarbeiten können. Dann ist die Sache mit der Wiener ÖVP gekommen. Seither irrt der Schwarzschanderln mit flackernden Augen durch die Straßen und stammelt "Marek, Marek - gib mir meine Legenden wieder! Wurscht, ob den Finz, den Görg, den Wille oder den Hahn. Von mir aus sogar den Busek!" Das mit dem Busek wird nicht klappen, denn der formiert gerade mit anderen Graurücken wie dem Heinrich Neisser, der Heide Schmidt, dem Friedhelm Frischenschlager, dem Wolfgang Radlegger, dem Johannes Voggenhuber und dem Andreas Wabl die Aktion "Mein-Oe", um die lethargische Republik wieder in Schwung zu bringen. Die müssen aufpassen, dass nicht auch der Wolfgang Schüssel zu ihnen kommt, denn nach dem Ausscheiden aus dem Parlament hat er mehr Zeit und früher ist er dem Busek fa fast immer nachgefolgt. Und eine Nachwuchshoffnung der Wiener ÖVP, der Schwimmer Dinko Jukic, ist wegen Doping angeklagt worden. "Doping in dieser verschlafenen Partei?", hat der Kommerzienrat geschrien und über politische Verfolgung durch die Justiz geklagt. Ist ihm gar nicht aufgefallen, dass die schon Jahre in schwarzer Hand ist. Was macht die dicke blonde Brillenträgerin jetzt

Der Genosse Rotlauf war im Sommer noch großgoschert, aber dann ist die Inseratengeschichte geplatzt. "Ich habs ja schon immer gesagt, dass mit dem Faymann und der Krone war ein Fehler!", schreit er jetzt öfter. Und dass der Werner Faymann als Erfinder des Kanzlermalus in die Geschichte eingehen wird, ist auch häufig von ihm zu hören. Wir haben einen Schmäh gefunden, um ihn zu ärgern: "Wenn der Faymann zurücktritt, wird der Hundstorfer nächster Bundeskanzler. Rotlauf!" Dann wimmert er nur mehr vor sich hin. Dass die Claudia Schmied sich mit dem Berlakovich um die Lipizzaner zankt, statt sich um die Bildungsmisere zu kümmern, hält der Rotlauf auch für einen üblen Rosstäuschertrick.

Der Kamerad Brauntresch sagt, parlamentarisch fühlt er sich immer weniger vertreten. Das hat er aber schon vor dem Ausschluss vom Königshofer oft gesagt, das ist also nichts Neues. Aber die Norwegen-Geschichte hat ihm doch recht zugesetzt. Einmal hat er nach dem fünften Bier geplärrt: "Nicht Anders Breivik, sondern Breivik anders! So gehört das gemacht!" Wir haben ihn schnell aus dem Wirtshaus gebracht. Am nächsten Tag, als der Kater etwas nachgelassen hat, ist er mit dem Rotlauf in Streit geraten. Und hat dem vorgeworfen, dass die Sozis Heuchler sind - einerseits die Reichensteuer fordern, und dann besitzen die norwegischen Jusos eine ganze Insel, wie der Onassis! Wie das Wort Reichensteuer gefallen ist, hat sich der Kommerzienrat schnell aufs Klo verdrückt, weil ihm der peinliche Fekter-Vergleich

Der Herr Grünlinger grübelt darüber, dass die Grünen in Deutschland so erfolgreich sind, bei uns aber nichts reißen. Da versteh ich Bahnhof, sage ich und streue Salz in seine Wunden. Und frage ihn, wie das so ist mit den Piraten.

Jedenfalls ist die spirituelle Sehnsucht groß in Österreich. Manche glauben, dass wir einmal ein Fußball-Länderspiel gewinnen. Ein Wiener Psychiater arbeitet mit einem Exorzisten zusammen. Und jeder Zweite, hat eine Untersuchung ergeben, glaubt an Schutzengeln. Hab ich mir gedacht, dass man die ja selbst herstellen und dann verkaufen kann. Vielleicht komme ich mit der Idee in eines der Krawallblätter – in die Krone, in Heute oder in Österreich. Und vielleicht ist dann dort auch zu lesen: "Herr Kahlauer formte die Schutzengeln nach seinem Ebenbilde." Das wäre doch schön!



INFORMATION. KONTAKT. AMT ONLINE. Internet HELP.gv.at Anrufen Servicetelefon 0800 222 666 Montag bis Freitag 8-18 Uhr (gebührenfrei) Hingehen Servicezentrum HELP.gv.at Informationen, Beratung und Unterstützung zu E-Government und Bürgerkarte Montag bis Freitag 9-17 Uhr Ballhausplatz 1 (Eingang Schauflergasse), 1014 Wien









